: antifaschistische nachrichten

Nr. 8

g 3336 18.4.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

EUFV will nach Brüssel

Die „Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen“ (EUFV) will ihren Sitz so bald als möglich nach Brüssel verlegen. Dort wolle man sich um einen engeren Kontakt zum Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission bemühen. Dies beschloss der EUFV unlängst auf Tagungen in Wien. Der EUFV gehören aus Deutschland u.a. die „Landsmannschaft Ostpreußen“ und die „Landsmannschaft Schlesien“ – nicht aber der „Bund der Vertriebenen“ – an. Ein wesentliches Ziel der EUFV ist die Einrichtung einer ständigen Kommission für Flüchtlinge und Vertriebene bei der Europäischen Kommission, um Gespräche über die nach wie vor unterschiedlichen Positionen zur Frage der „Vertreibung“ auf europäischer Ebene in Gang zu setzen. Dazu seien bereits wichtige Vorarbeiten geleistet worden. *hma* ■

Hetze gegen „Judas von Köln“

Hamm. In einem Interview mit dem „Heute-Journal“ des ZDF hat sich Axel Reitz am 9. April nun erstmals zu seinem Ausstieg aus der Neonazi-Szene geäußert. Der mittlerweile an einem unbekannten Ort lebende Reitz war mehr als 15 Jahre in der extremen Rechten aktiv. Heute bezeichnet Reitz diese als „menschenfeindlich“ und „zynisch“. Es gäbe „nichts Scheinheiligeres als diese Szene“, so Reitz. Dort finde sich ein „Personenpotential“, welches „selber auch extremistisch genug ist, das radikalisiert genug ist, irgendwann dann auch sämtliche Hemmungen fallen zu lassen und dann also auch regelrecht auf die ein oder andere Weise Amok zu laufen“, so Reitz. Reitz, „der Judas aus Köln“, müsse am besten wissen, „dass er selbst wahrscheinlich einer der ersten auf der Abschussliste sein würde, sollte tatsächlich jemand mal auf diese Art und Weise seine Hemmungen verlieren“, heißt es dazu drohend auf der Internetseite des Kreisverbandes Hamm der Neonazi-Partei „Die Rechte“. Ein „ehrloser Verräter“ und eine „gescheiterte Existenz“ sei Reitz, hetzt „Die Rechte“ und fügt drohend hinzu: „Verrat ist Mord, er tötet Vertrauen“, habe ein Mitglied eines Motorradclubs einmal gesagt. „Und Mord verjährt bekanntlich nicht. Axel Reitz wird das auch wissen“. *hma* ■

NSU-Prozess ausweiten

Tausende demonstrieren in München Solidarität mit Opfern der rechten Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“. Verfahren gegen staatliche Helfer gefordert

Von Claudia Wangerin/junge welt



http://akduell.de/

In zwei Tagen *(um drei Wochen auf den 6. Mai verschoben wegen des nötig gewordenen neuen Akkreditierungsverfahrens für JournalistInnen; Red.)* beginnt vor dem Oberlandesgericht (OLG) München die Hauptverhandlung gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Unterstützer der rechten Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Aus diesem Anlass gingen am Samstag in der bayerischen Landeshauptstadt mehrere tausend Menschen mit Parolen wie „Verfassungsschutz, NSU – den Rassisten keine Ruh“ auf die Straße. Sie zeigten Solidarität mit den Opfern des Neonaziterrors und forderten eine vollständige Aufklärung der staatlichen Verwicklungen sowie die Abschaffung des Inlandsgeheimdienstes. Das Münchner Bündnis gegen Naziterror und Rassismus sprach von 7000 bis 10000 Teilnehmern.

Polizeibeamte ließen es sich nicht nehmen, bei der Auftaktkundgebung einen Flüchtling wegen Verletzung der Residenzpflicht festzunehmen. Demo-Anmelder Siegfried Benker protestierte: „Das ist nicht der Ort, wo die Polizei rassistische Sondergesetze exekutieren kann!“ Wenig später konnte die Freilassung erreicht werden.

Erst am Abend vor der Demonstration war das OLG München vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verdonnert worden, mindestens drei Sitzplätze im Gerichtssaal für ausländische Journalisten freizuhalten. Wochenlang hatte das OLG auf stur geschaltet, nachdem bei der Akkreditierung nach dem „Windhundprinzip“ gerade die Medien aus den Herkunftsländern der meisten NSU-Mordopfer leer ausgegangen waren.

Der Iman der muslimischen Gemeinde in Penzberg, Benjamin Idriz, dankte den Karlsruhern Richtern, bekundete in seiner Demorede aber auch, das Vertrauen in den Staat sei „tief zerstört“. Fünf von zehn NSU-Morden seien in Bayern verübt worden. Idriz: „Wir wissen, dass in Deutschland hochrangige Politiker aus ganz anderen Gründen zum Rücktritt bewegt werden. In Bayern hat noch kein einziger Politiker und kein einziger Verfassungsschutzbeamter diese Konsequenzen gezogen.“

Yvonne Boulgarides kämpfte mit den Tränen, als sie vom Mord an ihrem Ehemann Theodoros Boulgarides am 15. Juni 2005 in München sprach. Mit fester Stimme sagte sie, es könne nur ein Teil des Vertrauens in das Rechtssystem wieder hergestellt werden, wenn den Untersuchungsausschüssen alle Akten und Be- →

Aus dem Inhalt:

weise zur Verfügung gestellt würden, die „zur lückenlosen Wahrheitsfindung“ nötig seien.

Angelika Lex, Anwältin der Familie und gewählte bayerische Verfassungsrichterin, sagte bei einer Zwischenkundgebung vor dem Gericht, es gebe noch viel zu wenig Ermittlungsverfahren gegen lokale Unterstützernetzwerke des NSU und V-Leute des Verfassungsschutzes. „Es fehlen vollständig die Verfahren gegen Ermittler, gegen Polizeibeamte, gegen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, gegen Präsidenten und Abteilungsleiter von Verfassungsschutzbehörden. Verfahren, die nicht nur wegen Inkompetenz und Untätigkeit, sondern auch wegen aktiver Unterstützung geführt werden müssten“, erklärte Lex. „Auf diese Anklagebank gehören nicht fünf, sondern 50 oder noch besser 500 Personen.“

Auf der Demonstrationsroute lag auch das Mahnmal an der Oktoberfestwiese, wo 13 Menschen durch den Bombenanschlag am 26. September 1980 gestorben waren. Hier erinnerte der Journalist Ulrich Chaussy an die Ungereimtheiten der Einzeltätertheorie und die systematische Vertuschung von Spuren, die in eine andere Richtung gezeigt hatten. Die Ermittlungen müssten wieder aufgenommen werden

(siehe auch jW vom 13./14. April).■

Die Demonstration bewegte sich entlang wichtiger Orte der Münchner Nazi-Geschichte in Richtung des Gerichts:

Schillerstraße

In der Schillerstraße im Bahnhofsviertel verübten am 7. Januar 1984 Neonazis der „Gruppe Ludwig“ einen Brandanschlag auf die Diskothek „Liverpool“. Eine Person wird getötet und ca. 30 werden verletzt. In Italien beging die Gruppe weitere Anschläge und Morde. In Mailand töten sie 1983 mit einem Brandanschlag auf ein Pornokino sechs Menschen. In den Jahren zuvor hatten sie in Italien mehrere Morde begangen, die durch ihren Hass auf Sexarbeiter_innen, Homosexuelle, Sinti_izza und Drogenkonsument_innen motiviert waren. Der Anschlag auf das „Liverpool“ ist heute in München weitestgehend vergessen.

Oktoberfestmahnmal

Am 26. September 1980 platzierte Gundolf Köhler, Mitglied der neonazistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ eine Bombe in einem Mülleimer vor dem Haupteingang des Oktoberfests. Durch die Explosion wurden 13 Menschen, unter ihnen Köhler, getötet. Über 200 werden zum Teil schwer verletzt. Es ist der verheerendste nazistische Anschlag der deutschen Nachkriegsgeschichte. Das bayrische LKA und die Bundesanwaltschaft stellen die Ermittlungen nach zwei Jahren ein, mit dem Hinweis Köhler wäre Einzeltäter gewesen, der nicht aus neonazistischen Motiven gehandelt habe. Die Rolle der WSG Hoffmann, die etwa 400 Mitglieder und großes Waffenarsenal hatte, wird staatlicherseits nicht aufgeklärt. Die Einzeltäterthese wird seit Jahren von antifaschistischen Initiativen stark angezweifelt und die Wiederaufnahme der Ermittlungen gefordert. Diese Verharmlosung und Verdrängung des organisierten Naziterrors bei den Ermittlungen zum Oktoberfestattentat spiegelt sich auch in den Ermittlungen zur rassistischen Mordserie des NSU wider.

Justizzentrum in der Nymphenburgerstraße

Die Demonstration ging in der Nähe des Justizzentrums vorbei. Dort wird der Prozess gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, Carsten Schultze und André Eminger stattfinden. Der Gerichtssaal A101 wird viel zu klein sein, um eine breite Berichterstattung aus dem Prozess zu ermöglichen. Vor allem der Ausschluss griechischer und türkischer Medien ist dabei skandalös. Schon vor dem NSU-Prozess wurde antifaschistische Berichterstattung aus dem Gerichtssaal dadurch erschwert, dass die Ordnungskräfte bei Angriffen von Nazis auf kritische Journalist_innen innerhalb des Gerichts nicht einschritten.

Königsplatz

Der Königsplatz steht stellvertretend für die Vielzahl nationalsozialistischer Spuren in München. Hier wurden in der Zeit des Nationalsozialismus die toten Putschisten des Hitler-Ludendorff-Putsches 1923 verehrt und hier fand 1933 auch die antisemitische Bücherverbrennung statt. Die besondere Rolle Münchens für Nazis seit 1945 lässt sich nur verstehen, wenn die historische Bedeutung Münchens als „Hauptstadt der Bewegung“ und Ausgangspunkt des nationalsozialistischen Terrors miteinbezogen wird.

Innenministerium

Das Innenministerium steht stellvertretend für die rassistische Ermittlungspraxis im Fall des NSU. Die BAO „Bosporus“, die die polizeilichen Ermittlungen in der rassistischen Mordserie vor Bekanntwerden des NSU hatte ihren Sitz in Nürnberg. Durch die rassistischen Ermittlungen wurden die Opfer zu Tätern gemacht und diskreditiert, ihre Familien, Verwandte und persönliches Umfeld über Jahre überwacht und akribisch durchleuchtet. Der Rassismus der Polizeibehörden hat die Aufklärung der Mordserie verhindert, weil er die Möglichkeit rassistischer Motive nicht ernst nahm und Opfer und Angehörige diffamierte. Aber auch das bayrische Landesamt für Verfassungsschutz untersteht dem Innenministerium. Der Inlandsgeheimdienst hat bei den Morden des NSU mindestens weggesehen und durch seine Mitarbeiter_innen das direkte Umfeld des NSU finanziell und logistisch unterstützt. Gleichzeitig diffamiert und bespitzelt gerade das bayrische Innenministerium und der VS antifaschistische Initiativen und behindert diese in ihrer Arbeit. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der Rolle von Geheimdiensten und Polizei bzgl. des NSU, das Ende der Bespitzelung und Diffamierung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen, die sofortige Abschaffung des Inlandsgeheimdienst VS und ein Ende der rassistischen Ermittlungspraxis seitens der Polizei.

„Die identitäre Generation“

STUTTGART. Im britischen Arktos-Verlag ist jüngst das Buch „Die identitäre Generation. Eine Kriegserklärung an die 68er“ von Markus Willinger erschienen. Willinger, der in Stuttgart Politikwissenschaft studiert, betont zwar, dass er in seinem Buch ausschließlich seine Meinungen, Ansichten und Thesen vertrete, er sich aber selbst als „Identitärer“ verstehe, der die „identitäre Idee“ so verbreite, wie es die „Identitäre Bewegung Deutschlands“ (IBD) es auch tue. „In 41 Kapiteln unternimmt Willinger einen Rundumschlag gegen von ihm als solche wahrgenommene Missstände in Europa, für die er die „68er“ verantwortlich macht. Vom Geburtenrückgang über die „sexuelle Befreiung“ bis zum Nahostkonflikt und der Kunst versucht er kaum ein Thema auszulassen“, heißt es in der „National-Zeitung“ (15-2013), die mit Willinger gesprochen hatte. Willinger will mit seinem Buch die „identitäre Idee“ verbreiten, die er als „metapolitische Bewegung“ bezeichnet. „Wir brauchen ein ganzes Arsenal an metapolitischen Werkzeugen“, so Willinger. „Bücher und Texte, Lieder, Bilder, Gedichte, Tänze und was weiß ich noch alles. Wir müssen eine ganze Jugendgeneration für uns gewinnen, da müssen wir ihnen auch was bieten können“, meint Willinger.

hma ■

Entschlossen gegen braune Hetzer

Endlich zeigt die Dortmunder Polizei Bereitschaft, dem Treiben der Neonazis ein Ende zu setzen“, erklärt die Dortmunder Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke zum

Rechtsextremes Gefängnisnetzwerk – Als hätte es den NSU nie gegeben

Ein Rechtsextremist baut eine Organisation für Gefangene auf – aus der Haft. Die Behörden hätten das schon vor Monaten sehen müssen. Für eine Überprüfung sahen sie aber „keinen Anlass" – oder waren einfach unaufmerksam.

Hätten die hessischen Verfassungsschützer nur die „Bikers News" aufmerksamer gelesen. Die Behörde in Wiesbaden hat die Motorradzeitschrift abonniert – wegen der Rockerclubs, von denen manche Verbindungen in die organisierte Kriminalität haben. In der Ausgabe von Oktober 2012 gab es eine vielsagende Anzeige, die den Leuten im hessischen Landesamt glatt durch die Lappen ging.

Bernd T. suchte per Annonce neue Mitglieder für eine Gefangenenorganisation. Der Rechtsextremist saß zu dem Zeitpunkt seit einem knappen Jahr in der Justizvollzugsanstalt Hünfeld in Hessen. Als Überschrift für die Anzeige wählte der Häftling den Namen der Organisation: „AD Jail Crew (14er)". Die habe er „als Alternative von und für Brüder & Schwestern am 20.04.2012 in der JVA Hünfeld ins Leben gerufen". Neunzehn Gefängnisse im ganzen Bundesgebiet zählte T. auf, in denen er schon Ansprechpartner gefunden habe. Es gehe um „Loyalität, Kameradschaft und die ‚Alten' Werte". Als Symbol für den Club sei ein Adler gewählt worden, der die Ziffer 14 in den Krallen trage. Nun müsse man nur noch Namen und Logo beim Gericht als Verein eintragen lassen. „Ist nur noch reine Formsache...", schrieb T.

Entwurf eines Briefes an Zschäpe gefunden

Leider sahen die Fachleute in Wiesbaden die Anzeige nicht. Sonst wären ihnen die Codes aufgefallen, die Rechtsextremisten zur Tarnung benutzen:

„AD" steht für „Aryan Defense", also Arische Verteidigung, die „14" für den 1. und 4. Buchstaben des Alphabets, also für AD, sowie auch für die unter Neonazis und Rassisten bekannten 14 Worte: „Wir müssen die Existenz unseres Volkes und die Zukunft für die weißen Kinder sichern." Dass das Gründungsdatum der „Gefängnistruppe" der Geburtstag von Adolf Hitler ist, hätten sogar Laien erkennen können. Doch erst als das „Neue Deutschland" Mitte Februar dieses Jahres die Suchanzeige zum Thema machte, begann man in Wiesbaden zu verstehen, dass es sich lohnt, Zeitschriften genau zu lesen.

Vor einigen Wochen durchsuchten Justizvollzugsbeamte in der JVA Hünfeld die Zelle von T. Sie fanden die handschriftliche Satzung der Organisation, datiert auf den 20. April 2012, und Briefe von Insassen aus einem Dutzend anderer Gefängnisse aus ganz Deutschland, zum Teil sogar aus dem Ausland. Außerdem entdeckten sie eine handschriftliche Liste, auf der rund 50 Häftlinge verzeichnet waren, sowie die Adressen der Gefängnisse, in denen sie einsitzen. Eine lautete: Beate Zschäpe, JVA Köln-Ossendorf. Auch der Entwurf eines Briefes an Zschäpe soll in der Zelle gefunden worden sein. Unklar ist allerdings noch, ob der Brief an Zschäpe wirklich geschrieben und abgeschickt wurde und ob sie ihn erhalten hat.

Die lange Akte des T.

T. ist für Verfassungsschutz, Polizei und Justiz kein Unbekannter.

Derzeit sitzt er wieder einmal eine Haftstrafe ab – wegen Körperverletzung, Betrug, Sachbeschädigung und Beleidigung. Der 38 Jahre alte fast glatzköpfige und reichlich tätowierte Mann aus Schleswig-Holstein ist seit mehr als zwei Jahrzehnten in der Neonazi-Szene aktiv, für seine Brutalität ebenso bekannt wie für seinen Aktionswillen. Im Jahr 1993 stand er mit 19 Jahren vor Gericht, weil er einen Obdachlosen zu Tode geprügelt hatte. Dafür wurde er zu dreieinhalb Jahren für Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt, ein „unverständlich geringes Urteil für einen glatten Mord", wie es in Sicherheitskreisen heißt.

Noch in der Haftzeit in Neumünster soll sich T. über das „unwerte Leben" geäußert haben, das er mit seiner Tat beseitigt habe. Nach seiner Haftentlassung zog er nach Nordhessen um und suchte in Kassel Anschluss an Skinhead-Gruppen. Bald gründete er den „Sturm 18 Cassel", der in der Kasseler Nordstadt Linke, Punker und Migranten bedrohte. Als die Polizei 2002 eine Hausdurchsuchung bei T. machte, erschossen die Beamten zwei Kampfhunde, die er auf sie gehetzt hatte. Später terrorisierte er die kleine nordhessische Gemeinde Diemelstadt-Wethen, wo er eine Wohngemeinschaft gegründet hatte, und bedrohte eine kurdische Familie, die deswegen den Ort verließ. 2006 gab er sich als Aussteiger aus und unterwanderte mit Gleichgesinnten einen öffentlich geförderten Multikultur-Verein in Kassel, der daraufhin schließen musste.

Angst um die Sicherheit eines Aussteigers

Im Dezember 2011, einen Monat nach seiner Inhaftierung, bot T. dem hessischen Verfassungsschutz Informationen zum NSU an. Sie vermittelten ihn weiter an die Kollegen vom Bundeskriminalamt. Er habe 2006 in Kassel die NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt getroffen und mit ihnen eine Geburtstagsfeier besucht, erzählte T. den BKA-Leuten. Das erwies sich allerdings als unglaubwürdig. Für einen „Maulhelden", einen Typen „mit einem hohen Maß an Eitelkeit" halten ihn Ermittler. Zwar steht sein Name auf der sogenannten 129er-Liste der NSU-Fahnder, die Täter, Beschuldigte und Kontaktpersonen der Rechtsterroristen aufführt.

Doch gehört er dort zur letzten Kategorie, bei denen man nur von Kontakten ins rechtsextremistische Milieu weiß.

T., der jetzt in den Hochsicherheitstrakt im hessischen Butzbach verlegt worden ist, war in der JVA Hünfeld nicht allein. Mindestens zwei andere Insassen gehörten zu den Gründungsmitgliedern der „AD Jail Crew". Einer der beiden, wegen Betrugs zu fast fünf Jahren Haft verurteilt, wollte aus der Szene aussteigen. In seiner Zelle hatte man im vergangenen Jahr rechtsradikales Material gefunden. Anfang dieses Jahres gab er zu, dass er Mitglied in T.s Neonazi-Gruppe „Sturm 18" war. Und er gab später Hinweise, die zur Zellendurchsuchung bei T. führten. Mittlerweile ist der Mann in eine kleinere Haftanstalt verlegt worden. Die Behörden fürchten um die Sicherheit des Aussteigers.

Justiz war unaufmerksam

Ein drittes Mitglied der „AD Jail Crew" in der JVA Hünfeld war ein einschlägig vorbestrafter 40 Jahre alter Mann, ebenfalls wegen Betrugs verurteilt. Er gehörte früher zur Skinhead-Szene, noch in der

Lt. diesem Artikel sind die acht betroffenen Justizministerien, also auch Sachsen, Mitte März von Hessen über das Netzwerk „Jail Crew" informiert worden. Einen Monat zuvor hatte das Justizministerium auf eine Kleine Anfrage von Kerstin Köditz geantwortet, ihm lägen keine Erkenntnisse zur Jail Crew vor. Gesichert ist auch, dass es die in dem Artikel geschilderten Kontakte, die in der „Biker News" genannt wurden, gibt. Für Sachsen wurden die JVAs Leipzig, Dresden und Torgau genannt.

Zumindest mit der JVA Torgau hatte das Justizministerium in der Angelegenheit bis Donnerstag noch keinen Kontakt aufgenommen oder es gar informiert. Offenbar war die Ankündigung von Innenminister Ulbig, er wolle nunmehr die Rockerszene verstärkt durchleuchten und auch die Verbindungen zu Neonazis untersuchen, wieder einmal nur laue Luft. Was – nebenbei bemerkt – nicht wirklich überrascht.

Haft trug er einen Ring mit einem Hakenkreuz. Auch er gibt sich als Aussteiger, doch die Behörden zweifeln an seiner Glaubwürdigkeit. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt und das hessische Landeskriminalamt ermitteln gegen die drei Männer wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Und zugleich wegen des Verdachts, eine Ersatzorganisation eines verbotenen Vereins gegründet zu haben. Es geht um die HNG, die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“. Sie war eine Art Braune Hilfe, hatte mehrere hundert Mitglieder und kümmerte sich mehr als 30 Jahre lang um Rechtsextremisten in deutschen Gefängnissen. Innenminister Hans-Peter Friedrich ließ sie im September 2011 verbieten. T. war seit den neunziger Jahren während verschiedener Haftzeiten von der HNG betreut worden, auf ihren Gefangenenlisten ist er mehrfach vermerkt.

Ist also von Hünfeld aus eine neue Gefangenenorganisation entstanden, von der die Behörden über Monate nichts mitbekommen haben? Zumindest hat sich die Justiz in den betroffenen Bundesländern nicht durch besondere Aufmerksamkeit ausgezeichnet. Aus Hessen heißt es, ein hoher Beamter im Justizministerium habe Mitte März seine Kollegen aus den acht betroffenen Bundesländern über den Verdacht auf ein Netzwerk informiert und die Lage in der JVA Hünfeld mitgeteilt. Die Reaktionen seien sehr verhalten gewesen. Manche der betroffenen Justizministerien bestätigten der F.A.S. diese frühzeitige Unterrichtung, in anderen will man sich nicht genau erinnern. Mitte der Woche hatte es aus den Ländern noch geheißen, man habe keine Erkenntnisse über Verbindungen zu T.s Organisation. Mittlerweile hat man in Thüringen Kontaktaufnahmen von oder zu T. von Häftlingen in Gera und Tonna festgestellt. Auch in Diez (Rheinland-Pfalz) soll es sie gegeben haben. Briefverkehr gab es auch in ein bayerisches Gefängnis und in eines in Schleswig-Holstein.

„Kein Anlass“ zur Überprüfung

Freilich hätten die Sicherheitsbehörden die Gruppe um T. schon deutlich früher ins Visier nehmen können, denn im Büro der sächsischen Linkspartei-Abgeordneten Kerstin Köditz hatte man die Anzeige in der „Bikers News“ gelesen. Köditz schrieb am 17. Januar 2013 eine Kleine Anfrage an die sächsische Staatsregierung, in der sie nach der „AD Jail Crew“ fragte, nach Aktivitäten, möglichen Verbindungen zu Motorrad-Clubs und zur HNG. Fünf Fragen listete Köditz auf, Justizminister Jürgen Martens von der CDU antwortete ihr am 14. Februar lapidar: „Zu Bestrebungen unter dem Begriff ‚AD Jail Crew‘ bzw. ‚Jail Crew‘ liegen keine Erkenntnisse vor.“

Die Antwort klingt, als hätte es keine Terrorgruppe NSU gegeben, die sich jahrelang in Sachsen versteckte. Auf Anfrage der F.A.S., ob man die Existenz einer solchen Organisation nicht hätte überprüfen müssen, antwortete das Staatsministerium der Justiz in Dresden, entsprechende Nachfragen beim sächsischen Innenministerium, bei Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten hätten „keinen Anlass dazu“ gegeben. Kerstin Köditz sagt, bei ihr habe keine Behörde nachgefragt, was es mit dieser Gruppe denn auf sich haben könnte. „Das wäre wünschenswert, aber das gibt es leider nicht“, sagt die Abgeordnete.

NSU engagierte sich für Inhaftierte

Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag nach Bemühungen der Neonazi-Szene, eine Ersatz- und Nachfolgeorganisation für die HNG zu schaffen, antwortete die Bundesregierung noch am 14. März dieses Jahres, es lägen darüber „keine Erkenntnisse“ vor. Zwar sei es übliche Praxis von Regierungen, Kleine Anfragen nichtssagend und zugleich möglichst nicht falsch zu beantworten, sagt der Grünen-Innenpolitiker Wolfgang Wieland. Anfragen der Linkspartei würden aber „regelmäßig abgeblockt und zum Teil auch falsch beantwortet“, so der Bundestagsabgeordnete. Zwar müsse man die zum Teil abenteuerlichen Schlussfolgerungen der Linkspartei über die Verquickung der Behörden mit dem Rechtsextremismus nicht teilen, aber eine wahrheitsgemäße Beantwortung sei dennoch Pflicht der jeweiligen Regierung.

Die Betreuung von Gefangenen gilt extremistischen Gruppen von jeher als gelebte Solidarität mit den eigenen Leuten. Außerdem dient sie dazu, neue Anhänger zu rekrutieren. In den neunziger Jahren hatte sich auch das spätere Terror-Trio des NSU für einsitzende Kameraden engagiert.

Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe hatten Kontakt zur HNG, sie schrieben Briefe an Kameraden im Knast, Zschäpe besuchte inhaftierte Neonazis. Die Gefangenenbetreuung führte auch in ihrem Fall zur Radikalisierung. Der Grünen-Abgeordnete Wieland sieht eine Parallele zur Roten Armee Fraktion. Die zweite Generation der RAF habe sich aus Leuten gespeist, die die Generation von Baader und Meinhof im Gefängnis betreut hätten:

„Im Fall der Rechtsterroristen vom NSU kam gleich die erste Generation aus der Haftbetreuung.“

Von Markus Wehner, Berlin, 13.04.2013 ■

---

angekündigten Verbot des für den 1. Mai geplanten Aufmarsches der Partei „Die Rechte“ durch Polizeipräsident Norbert Wesseler. Jelpke weiter:

„Die Ankündigung, den Naziaufmarsch zu verbieten, ist absolut richtig. Ich bin hochzufrieden damit, dass der öffentliche Druck von Gewerkschaften und VVN-BdA Früchte trägt. „Die Rechte“ ist nichts weiter als die Fortführung alter Nazikameradschaften in neuen Formen. Das zeigt sich gerade in den Anmeldern des Aufmarsches: Beide sind bekannte Figuren der Dortmunder Naziszene, insbesondere der sogenannten Autonomen Nationalisten, die vergangenes Jahr verboten wurden.

Egal ob sie als Kameradschaft oder als Partei auftreten: Neofaschisten gehört in jedem Fall das Handwerk gelegt. Ich erwarte von der Dortmunder Polizei, dass sie bei ihrer nun offenbar eingeschlagenen Linie bleibt. Das heißt für den Fall, dass das Verbot noch von einem Gericht aufgehoben werden sollte, auf die Kriminalisierung antifaschistischer Aktionen zu verzichten. Wenn es Blockaden gegen die Nazis gibt, ist das keine Straftat, sondern legitimer Protest gegen die braunen Hetzer.“

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin, Fraktion DIE LINKE. ■

NSU-Verfahren darf nicht zur Justiz-Blamage werden

„Kleinlichkeit und Peinlichkeit drohen das NSU-Verfahren schon im Vorfeld zu diskreditieren“, sagt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Verschiebung des NSU-Prozesses. Sie fährt fort:

„Ich kann nur hoffen, dass das OLG München die Verschiebung dazu nutzt, für ein wirklich öffentliches und transparentes Verfahren zu sorgen, das die besonderen Anliegen der NSU-Opfer ausländischer Herkunft ernst nimmt. Kleiner Tipp: Die Kontingente für die türkische, griechische und weitere internationale Presse müssen sich nicht auf drei Plätze reduzieren. Eine Aufstockung könnte jetzt dazu beitragen, zerstörtes Vertrauen in die Arbeit des Gerichts wiederherzustellen.

Dessen ungeachtet wundere ich mich, warum in früheren Zeiten, als es noch gegen die RAF ging, ganze Gerichtssäle neu gebaut worden sind, und gegen die PKK eine Polizeikaserne umgebaut wurde. Nur wenn es gegen Nazis geht, wird es auf einmal eng. Die Gerichtsverwaltung stößt damit nicht nur die interessierte Öffentlichkeit vor den Kopf, sondern macht es auch dem verhandelnden Gericht unnötig schwer. Von diesem wird nicht nur erwartet, die angeklagten mutmaßlichen Terroristen und Terrorhelfer zu überführen, sondern auch, das Netzwerk auszuleuchten, das unter anderem mit Hilfe des Verfassungsschutzes aufgebaut worden ist.“

Ulla Jelpke, MdB, ■

Meldungen der AG Rex

1. NPD

• Der für den 6. und 7. April in Lautertal bei Coburg auf einem Privatgrundstück geplante Bundesparteitag konnte nicht stattfinden, da durch behördlich angeordnete Straßenbaumaßnahmen keine Anfahrt dorthin möglich war. Einem Protest beim Verwaltungsgericht Bayreuth wurde nicht stattgegeben. Da auf dem Parteitag auch die Neuwahl des Bundesvorstandes ansteht, gingen indessen die inneren Querelen weiter, nicht zuletzt geschürt durch die zahlreichen „Freundeskreise" für den früheren Vorsitzenden Voigt.
• Die neue Schulhof-CD der NPD-Jugend mit rassistischer und nationalistischer Hetze der aufgenommenen Bands wurde von der Bundesprüfstelle indiziert. Örtliche Versuche, sie dennoch zu verteilen, stoßen bereits auf Widerstand.
• Als ihre zentrale Aktion am 1. Mai betrachtet die NPD, die sich auch an anderen Orten und Veranstaltungen beteiligt, eine Großkundgebung vor der EZB in Frankfurt/Main. Sie postuliert „Genug gezahlt – Wir sind keine Melkkuh Europas".
• Die bayrische NPD eröffnete ihren Wahlkampf für die Landtagswahl im September in Aschaffenburg. Sie wirbt dafür, mit unterstützenden 9500 Unterschriften in den sieben Regierungsbezirken Bayerns die für einen Wahlantritt notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

2. Andere

• Lesertreffen des rechtsextremen Munier-Verlages: Vom 22. bis 24. März 2013 fand im Panoramahotel im sächsischen Oberwiesenthal ein Lesertreffen der geschichtsrevisionistischen und der NPD nahestehenden Verlagsgruppe von Dieter Munier statt. Angeblich waren die Hotelbetreiber selbst vom Zuschnitt der Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet (vor allem aus Bayern, Baden-Württemberg und dem Erzgebirgskreis) überrascht, die mit ihren Trachten und rechten Kleidermarken in der Vergangenheit mehrmals das Schlosshotel im fränkischen Pommersfelden bevölkert hatten. Als Veranstalter trat der „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V." auf. Im Programm wurde auch auf die Jahreshauptversammlung des Vereins hingewiesen, dessen Ziel die „deutsche Wiederbesiedlung" des russischen Dorfes Jasnaja Poljana ist. Die Tagung wurde vom Vereinsvorsitzenden Henning Pless (Kiel) eröffnet, der früher Funktionär der „Heimattreuen Jugend" war, die sich dann in die inzwischen verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend" umbenannte. Auf dem Programm standen laut Flyer Vorträge des bekannten rechtsextremen Ex-Generals Franz Uhle-Wettler, des neurechten Verlegers Götz Kubitschek, Auftritte der früheren NPD-Funktionäre Ulrich Pätzold und Hans Püschel, des Sprechers der ultraorthodoxen und antzionistischen jüdischen Sekte Neturei Karta, Reuven Israel Cabelman, des Wiener FPÖ-Landesparteisekretärs Hans-Jörg Jenewein und anderer Rechtsextremer. Im Foyer konnte man an den Verlagstischen Bücher des früheren NPD-Vordenkers Jürgen Schwab neben solchen von Erika Steinbach, Literatur über die Waffen-SS und die angebliche Kriegsschuldlüge kaufen. Der Neonazi-Barde Frank Rennicke bot seine CDs an.
• Dortmund: Auch die Worch-Partei „Die Rechte" hat für den 1. Mai in Dortmund zur Kundgebung aufgerufen. Als Redner sollen aber neben ihren Funktionären Worch, Siegfried Borchardt und Dennis Giemsch auch NPD-Kader wie Thorsten Heise und Dieter Riefling erscheinen. Die Aktionen dagegen bündelt das „Alerta!-Bündnis".

Quelle: BAG Rechtsextremismus – Antifaschismus DIE LINKE, agrex@info.die-linke.de



Antira-Kompass Geplante Veranstaltungen

Vom 09. bis 12. Mai in München:

Buko 35

Die Bundeskoordination Internationalismus lädt ein zur 35. Buko-Konferenz. Einer von drei Schwerpunkten befasst sich mit Migration und den Kämpfen gegen das Grenzregime.
Infos und Einladung unter: http://www.buko.info/buko-kongresse/buko-35/d e

Vom 21. bis 25. Mai 2013 in Hannover:

Konferenz und Demonstration (am 22. Mai!) gegen die Innenministerkonferenz

In Vorbereitung von Jugendliche ohne Grenzen (JoG), Aufruf, Programm und weitere Infos
hier: http://konferenz.jogspace.ne t

Am 25. Mai 2013 in Berlin:

Fight Racism Now – Demonstration

20 Jahre nach der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl – 20 Jahre nach dem Mordanschlag von Solingen… Hier findet ihr den Aufruf zur Demo und Kampagne in mehreren Sprachen: http://www.fightracismnow.net/call/?lan g=de

Am 25. Mai 2013 in Solingen:

Das Problem heißt Rassismus – Demonstration

Bündnisaufruf unter
http://solingen93.org/25-5/aufruf-25-5

Am 31. Mai und 1. Juni 2013 in Frankfurt/Main:

Blockupy II im Bankenviertel

Blockaden und Aktionen zivilen Ungehorsams am 31.5. sowie Großdemo am 1.6.!
Infos unter www.blockupy-frankfurt.or g

Vom 13. bis 16. Juni 2013 in Berlin:

Internationales Tribunal der

Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen gegen die Bundesrepublik Deutschland
Infos unter http://thecaravan.org

August 2013:

Schiffsprojekt zu Migration an Nordsee und Ärmelkanal

Das Boats4People-inspirierte Projekt mit dem Segelschiff Lovis im nächsten August auf der Nordsee nimmt langsam Form an. Um die vielen Ideen ein wenig einzusammeln, wurde ein transnationales Brainstorming gestartet, siehe unter: http://piratepad.net/SnKc96Pmbh

Vom 2. bis 8. August in Rotterdam:

Nobordercamp

(Voraussichtlich) Anfang September 2013 in Tunesien:

Common Action

Tour für globale Bewegungsfreiheit und lokale selbstorganisierte Projekte
Kontakt und Informationen über
germany@boats4people.org
Erster Text dazu unter: http://ffm-online.org/2013/02/23/tunesien-tagebuch-notizen
hagen@kein.org

Quelle: Kompass Antira-Ne wsletter Nr. 14 April 2013

Bundeswehr möchte die Täter des Überfalls auf die Niederlande ehren

Internationale Protestaktion am 4. Mai in Bronckhorst-Vorden (NL)

Am 10. Mai 1940 überfiel die deutsche Heeresgruppe B völkerrechtswidrig die neutralen Niederlande. Jetzt planten Bundeswehr und niederländische Konservative die Ehrung der damaligen Wehrmacht. Die VVN-BdA NRW schließt sich den Protesten dagegen an.

Am 10. Mai 1940 überfiel die deutsche Heeresgruppe B völkerrechtswidrig die neutralen Niederlande. …

Ihre Opfer: 2890 Gefallene und 6900 Verwundete. Zu den Ergebnissen des Überfalls und der anschließenden Besetzung zählt, dass über 100 000 jüdische Niederländer in die Konzentrationslager deportiert und ermordet werden konnten.

Die Bundeswehr möchte jetzt die deutschen Soldaten der Nazi-Wehrmacht, die bei dem Überfall auf den neutralen Nachbarn ums Leben kamen, in der niederländischen Stadt Bronckhorst-Vorden (Provinz Gelderland) ehren. Neben der Tatsache an sich wird bei den niederländischen Antifaschisten eine besondere Provokation darin gesehen, dass dieses Gedenken am 4. Mai stattfinden soll.

Der 4. Mai ist der nationale Gedenktag an die Erinnerung der niederländischen Opfer der Nazi-Barbarei. Im ganzen Land herrscht für zwei Minuten eine symbolische Stille. … Der 5. Mai wird dann als Tag der Befreiung begangen.

Die Versuche, Militär der Bundeswehr aus Deutschland am Gedenktag 4. Mai einzuladen, sind bis heute wegen der Proteste der Bevölkerung gescheitert. …

Der Bürgermeister der Gemeinde Bronckhorst, Henk Aaldering von der rechtsliberalen Volkspartij voor Vrijheid en Demokratie (VVD), hatte aber schon im vergangenen Jahr die Auffassung vertreten, dass es am 4. Mai eine „Erinnerung auch an die in Vorden, Gemeinde Bronckhorst, begrabenen Wehrmacht-Soldaten gegeben muss als Zeichen ‚einer Versöhnung'(…)," Für 2013 hat die Gemeinde Bronckhorst nun gerichtlich durchgesetzt, dass eine „Erinnerung an die dort begrabene Wehrmachtsoldaten" erlaubt ist. … In einer Stellungnahme der AFVN-BvA heißt es: „Als Antifaschistischer Verein in den Niederlande werden wir – zusammen mit dem National-Komitee 4/5 Mei, mit den Jüdischen Vereinen und anderen Organisationen – dagegen protestieren unter dem Motto ‚Wir sind auch für Versöhnung, aber nur mit den Kräften, die gegen Faschismus und Krieg sind'. Mit Überlebenden und Familien von Opfern aus Deutschland und Antifaschisten aus Deutschland und anderen Ländern protestieren wir gegen jede Verehrung einer Kriegsarmee, die im Dienst eines kriminellen Nazi-Regimes stand! Wir rufen unsere Kameraden und Freunde der VVN/BdA auf, unsere Aktionen zu unterstützen und am 4. Mai in Vorden zusammen mit allen Kräften aus den Niederlanden zu protestieren." …

Uwe Koopmann, www.nrw.vvn-bda.de

Der Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943

Erklärung der FIR

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten erinnert an den heroischen Kampf der jüdischen Menschen, die mit ihrem Aufstand im Warschauer Ghetto vom 19. April bis 16. Mai 1943 versuchten, der Deportation in die Vernichtungslager zu entkommen. Mitglieder des jüdischen Untergrunds im Ghetto stellten, nachdem sie anhand von Berichten im Frühjahr 1942 Kenntnis über die Massenmorde an Juden erlangt hatten, eine Verteidigungseinheit auf, um Widerstand gegen bevorstehende Deportationen der Ghettobewohner leisten zu können. Obwohl klar war, dass dem Aufstand keine Hilfe von außen zuteil werden konnte, kämpften die jüdisch Verfolgten gegen ihre geplante Vernichtung. Es war ein vergeblicher Kampf gegen einen übermächtigen Feind.

„Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr" (SS-General Jürgen Stroop)

Die Bilanz der faschistischen Verbrechen gegen die jüdischen Kämpfer wurde von den Täter akribisch aufgelistet. Mehr als 2000 SS-, Polizei-und Wehrmachtsangehörige kämpften mit Panzern, Geschützen und Flammenwerfern gegen rund 750 Mann der jüdischen Kampfgruppen. Das Ergebnis war vorherzusehen. SS-General Stroop bilanziert: „Von den 56 065 insgesamt erfassten Juden sind rund 7000 im Zuge der Großaktion im ehemaligen jüdischen Wohnbezirk und durch Transport nach T(reblinka) 6979, also insgesamt etwa 14 000 Juden vernichtet worden. Über die Zahl der 56065 hinaus sind schätzungsweise 5000 bis 6000 Juden bei Sprengungen und durch Feuer vernichtet worden. … Bis auf 8 Gebäude … ist das ehemalige Ghetto vollständig zerstört."

Vor 50 Jahren: FIR erinnert an den Warschauer Ghetto-Aufstand

Im April 1963 veröffentlichte die FIR in ihrer Zeitung „Der Widerstandskämpfer" einen Artikel von Kasimir Rusinek, dem damaligen Generalsekretär des ZBOWID. Er schrieb: Wir gedenken „der Hunderte von jüdischen Kämpfern, die in den Reihen der jüdische Kampforganisation (Zydowska Organizacja Bojowa) innerhalb der Mauern des Warschauer Ghettos sich gegen erdrückend überlegene feindliche Truppen erhoben, in einem Kampfe, in dem die Niederlage von Anfang an gewiss war. Nach sechs Wochen heroischer Kämpfe „Für unsere Freiheit und für die Ehre!" fielen sie mit der Waffe in der Hand. Die Ehrung der Aufständischen des Ghettos schließt alle Kämpfer und alle, die Widerstand leisteten, ein, denn die Helden des Warschauer Ghettos waren nur eine Eliteabteilung der großen internationalen Armee von Kämpfern für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden unter den Völkern. … Wir wenden uns an das Herz und das Gewissen aller Bewohner dieser Erde: Tut alles, was in eurer Macht steht, damit die Aufständischen des Warschauer Ghettos, die an euch glaubten, ihr Blut nicht umsonst vergossen haben." Der heroische Widerstand der jüdischen Kämpfer bleibt auch nach 70 Jahren unvergessen.

Ehre dem Andenken der Kämpfer des Warschauer Ghetto-Aufstandes!

gez. Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär
Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR),

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zum «Botschafter des Friedens» ernannt. Sie besitzt NGO-Status bei der UNESCO, Paris, der ständigen Kommission der UNO, Genf, und dem Europarat, Strasbourg.

Das Weltsozialforum 2013 in Tunis:

Aus antifaschistischer und antirassistischer Sicht: Ein Schwerpunktbericht



Türkisgrün breitet sich die Bucht von Tunis bei der Landung unten aus. Aber es bleibt keine Zeit, den Touristen zu spielen. Wir schreiben den Dienstag, 26. März 2013 gegen 11 Uhr vormittags.

Soeben in Tunis-Carthage gelandet, steige ich in das Auto von Mongi Ben Barek, des Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbands UGTT für die Branche PTT (Post & Telekommunikation). Und los geht es in den Stadtteil Monplaisir – nordöstlich vom Zentrum der tunesischen Hauptstadt -, wo in der Avenue Kheireddine Pasha der multinationale Konzern Téléperformance seinen Sitz für Tunesien hat. Bei dem Betreiber von Call Centers für französische Unternehmen, die dort Monatslöhne von 225 Euros – ein Fünftel des Lohns, der für eine vergleichbare Tätigkeit in Frankreich fällig wäre – zahlen. Seit Ende Februar 13 streiken die dortigen Beschäftigten gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen. Vor dem Auftakt des Weltsozialforums sind Delegationen von französischen Gewerkschaften (CGT und SUD), aber auch belgische, marokkanische, rwandische, südafrikanische und andere KollegInnen zu ihrer Unterstützung gekommen. CGT und SUD üben gleichzeitig in Frankreich Druck auf den „Mutterkonzern“ aus, damit er gegenüber den Forderungen der KollegInnen in Tunesien nachgibt. Gelebter Internationalismus, wie er konkret werden kann.

Am Nachmittag demonstrieren rund 20 000 Menschen durch Tunis; vgl. unsere Fotostrecke dazu: http://www.trend.infopartisan.net/trd0413/t290413.html Am folgenden Vormittag beginnen dreitätige Workshop- und Debattenveranstaltungen. Eine sehr arbeitsreiche halbe Woche beginnt, für diejenigen, die das Sozialforum inhaltlich wirklich ernst nehmen.

Migranten-Rechte und das Camp von Choucha

Ein wichtiges Thema in Tunesien und rund um das Weltsozialforum ist die Migration. Auf diesen Aspekt möchten wir uns im Folgenden konzentrieren, während wir an anderer Stelle auch über die eher gewerkschaftlichen und auf soziale Bewegungen bezogenen Aspekte der Debatten berichteten; vgl. http://www.labournet.de/interventionen/wipo-gegenwehr/linke-initiativen/weltsozialforum-2013-in-tunesien-26-30-marz-2013-in-tunis-ein-chronologisch-inhaltlicher-bericht-teil-1/

Um Migration geht es etwa in einem Workshop, den eine tunesische NGO unter dem Namen CeTuMa (Centre tunisien pour la migration et l'asile) von Hassan Boubakri zusammen mit der UGTT veranstaltet hat. Die UGTT hat ihren Sekretär „für Auswärtige Beziehungen und für Migration“ – er ist tatsächlich für beide Themenfelder gleichberechtigt zuständig –, Moustapha Ben Hamed, entsandt. Sehr positiv zu vermerken ist, wie eindeutig und klar in der Sache sich der tunesische Gewerkschaftsdachverband hier positioniert.

Im Gegensatz zu früheren Zeiten, in denen Ländern wie Marokko oder Tunesien überwiegend Auswanderungsländer – in Richtung Frankreich, Spanien und Italien – darstellten, bilden sie heute selbst auch Einwanderungs- sowie Durchgangsländer. Migranten aus dem subsaharischen Afrika oder Kriegsflüchtlinge aus Libyen reisten in Länder wie Tunesien ein, zum Teil mit dem Vorsatz, eine Weiterreise nach Europa zu versuchen; oder schlicht weil sie aufgrund der Not- und Gewaltsituation in ihren Herkunftsländern keine eine andere Wahl hatten. Unterdessen fährt die Europäische Union wie unter dem alten (Ben 'Ali-)Regime weiterhin fort, ihr Regime der Migrationskontrolle nach Tunesien und in andere nordafrikanische Länder „vorzulagern“. Derzeit laufen Verhandlungen zwischen der EU und der aktuellen tunesischen Regierung um ein Abkommen zur „Erleichterung der Mobilität“ (facilitation de la mobilité), das Erleichterungen bei der Visa-Erteilung etwa für Studierende und qualifizierte Arbeitskräfte vorsieht. Aber auch eine Selbstverpflichtung Tunesiens zur verstärkten Mithilfe bei der Migrationskontrolle, und v.a. zur Rücknahme von in der Festung Europa „unerwünschten“ Migranten und Migrantinnen, die aus oder über Tunesien einreisten.

Auch die Flüchtlinge aus dem subsaharischen Afrika, die seit zum Teil zwei Jahren im Choucha-Camp an der Grenze zwischen Tunesien und Libyen festgehalten werden, nehmen an dem Workshop teil, wie auch sonst an einigen Debatten beim Weltsozialforum. An die 100 andere sind allerdings davon abgehalten worden, zum WSF zu kommen: Drei Busse sind durch die tunesischen Militärs, unter deren Verwaltung das Flüchtlingslager von Choucha steht, aufgehalten worden. Die Insassen besaßen eine Genehmigung des tunesischen Innenministeriums, um zum Weltsozialforum zu kommen – doch das Verteidigungsministerium stellt sich taub und auf den Standpunkt, daran nicht gebunden zu sein. – An der Einreise nach Tunis gehindert wurde auch eine Gruppe von vierzehn in Frankreich lebenden Sans papiers, also „illegalisierten“ Migranten. Ihnen bereiteten zwar die tunesischen Behörden keine Schwierigkeiten, die erklärten, ihnen die freie Ein- und Ausreise zuzusichern. Doch das italienische Transportunternehmen, das die Menschen per Schiff von Genua aus transportiert hatte, erklärt ihnen im Hafen von Tunis, man können die Leute nicht wieder mit zurücknehmen: Bei einer „illegalen“ Wieder-Einreise in die Festung Europa drohe dem Transporteur eine Geldstrafe von mindestens 2.000 Euro pro Person. Nur wenn die Menschen in Tunis nicht an Land gingen und ohne Zwischenstation zu machen an Bord gingen, könne er sie ohne finanzielles Risiko wieder mitnehmen. Die vierzehn reisten mit ihrer Unterstützer/inne/n nach einigen Beratungen wieder zurück, ohne in Tunesien an Land gegangen zu sein.

Zurück zu den Menschen aus dem Camp in Choucha. Einige von ihnen führen seit Ende März d.J. einen Hungerstreik vor den Büros des UNHCR in Tu-

nis durch (vgl. http://nawaat.org/ portail/2013/04/01/greve-de-la-faim-des-refugies-de-choucha-trois-personnes-hospitalisees/). An ihm sind ursprünglich 41 Menschen beteiligt, von denen sich mindestens sieben in medizinische Behandlung begeben mussten.

Das Camp soll am 1. Juli dieses Jahres geschlossen werden, aber einige Flüchtlinge wissen immer noch nicht, wohin sie dann gehen können. Tunesische Militärs kündigten ihnen an, „nur auf Befehle zu warten, um dann die Großreinigung zu beginnen", und beschimpften sie rassistisch als „Sklaven". Die vom UNHCR anerkannten Flüchtlinge sollen zum Teil in anderen Ländern „reinstalliert" werden (der benutzte französische Begriff für die Ansiedlung in Aufnahmeländern ist Réinstallation, der englische Resettlement), aber die Festung Europa zeigt sich weitgehend unnachgiebig. Deutschland hat inzwischen wenigstens 201 Menschen aus Choucha im Herbst 2012 aufgenommen; auch wenn ein Beschluss der Innenministerkonferenz ursprünglich 900 Menschen („drei mal 300" in aufeinanderfolgenden Schritten) die Aufnahme versprochen hatte. Doch bei vielen anderen verzögert sich die Aufnahme noch immer.

Im Übrigen sind all jene, die ab Dezember 2011 im Choucha-Camp ankamen, vom „Reinstallisierungs"-Programm ausgenommen. Ihnen wird entgegen gehalten, der libysche Bürgerkrieg sei vorgeblich im November 2011 zu Ende gewesen – auch wenn sowohl Gewalt als auch rassistische Ausschreitungen gegen Schwarze (die oft pauschal als „Gaddafi-Söldner" eingestuft werden) auch danach alltäglich blieben. Viele der Betroffenen mussten unterdessen damals zwei bis drei Monate im Grenzgebiet ausharren, bevor sie überhaupt die libysch-tunesische Grenze überschreiten konnten. Tunesien bietet jedoch keinerlei Aufnahmeprozeduren für (durch die UN-Flüchtlingshilfsorganisation UNCHR anerkannte) „Asylberechtigte" an, und die Menschen wollen aufgrund des bislang erlebten Rassismus auch überwiegend nicht in Tunesien bleiben.

Eine weitere, zweite Gruppe, die gegen ihre Situation protestiert, ist die der abgelehnten Asylsuchenden. Ihre Asylbitten wurden nach Prüfung vom UNHCR abgewiesen, obwohl sie aus Ländern kommen, in denen die gegenwärtige Gefahr für Leib & Leben unmittelbar nachvollziehbar ist (Somalia, Eritrea, Sudan/Darfur); zum Teil aufgrund im Schnelldurchlauf durchgezogenen Verfahren ohne richtige Übersetzung und mit mangel- oder fehlerhafter Übersetzung. Ihnen wiederum wird gar nichts angeboten, es sei denn ihre „freiwillige" Rückkehr in ihr Herkunftsland – die in den genannten Fällen oft ohne Lebensgefahr unmöglich ist – oder ihre drohende Abschiebung aus Tunesien.

Beide Gruppe gleichermaßen protestieren gegen ihre Situation und kämpfen für eine Lebensperspektive; irgendwo anders als in Tunesien. Sei es in Europa, oder sei es für manche von ihnen auch in anderen (näher an ihren Herkunftsländern liegenden) Staaten; eine Frau aus Darfur nennt beim Workshop etwa Kamerun oder den Niger. Doch das UNHCR-Büro in Tunis hat bislang taube Ohren für ihre Forderungen. Deswegen gilt es, den Druck auf die UNHCR-Niederlassung noch zu erhöhen, für eine Aufnahme in für die betroffenen Menschen akzeptable Länder. Nähere Informationen zu dieser Kampagne folgen alsbald noch an dieser Stelle, mit Bitte um aktive Unterstützung. Vgl. auch https://chouchaprotest.noblogs.org/articles-reports/

Migranten sind aber auch viele junge Tunesier, die nach dem Sturz der Ben Ali-Diktatur 2011 die Ausreise versuchten, weil die polizeiliche Kontrolldichte vorübergehend abgenommen hatte – unter dem alten Regime konnte ins Gefängnis kommen, wer eine „illegale Ausreise" versucht hatte. Ab dem Stichtag 05. April 2011 schickte Italien die tunesischen Staatsbürger, die meist über die Insel Lampedusa einreisten, jedoch zurück.

Ein junger Mann, Radouan Haji, erzählt auf einem der Debattenforen beim WSF, wie es im ergangen war. Beim Versuch der Überfahrt im Boot nach Italien wurden er und die anderen Insassen durch die italienische Küstenwacht aufgegriffen, nachdem sie die Passagiere eines anderen Schiffs mit eigenen Augen hatten ertrinken sehen. „Wir wurden in ein Aufnahmelager gesteckt, dann legte man uns Handschellen an und setzte uns in ein Flugzeug nach Tunesien. Bei der Rückkehr am Flughafen wurden wir erst von einem italienischen Polizisten noch an Bord angespuckt, und dann von seinen tunesischen Kollegen bei der Grenzpolizei verprügelt."

Radouan kommt aus Ghardaha, einer Kleinstadt in der Nähe der tunesisch-algerischen Grenze. Die Gegend hat einen eher schlechten Ruf, weil mancher ihrer Einwohner Schmuggleraktivitäten nachgehen, während die Arbeitslosigkeit dort sehr hoch ist. Deswegen hat er riesige Schwierigkeiten, einen Job in Tunis oder anderswo zu finden. Im November 2012 versuchte er deswegen erneut, einen Ausweg aus seiner Situation zu finden. „Ein Mann kontaktierte mich im Internet, der sich als in der Schweiz sitzender Unternehmer ausgab. Er behauptete, Aktivitäten in Tunesien entwickeln zu wollen und dafür Fernfahrer zu suchen – ich hatte zuvor als LKW-Fahrer gearbeitet. Er bot eine riesige Summe an, 100 Euro pro Tag. Wir trafen eine Verabredung. Am vereinten Ort warteten zwei Leute, die mir jedoch sagten, ich müsse ihren Auftraggeber im Nachbarland Libyen treffen, in Tripolis. Sie fuhren mich zu einem Haus in 120 Kilometer Entfernung von Tripolis. Schnell begriff ich jedoch, dass es sich um die Durchgangsstation für ein Lager handelte, wo Djihadisten für den Kampf in Syrien ausgebildet und vorbereitet werden sollen. Das wollte ich um gar keinen Preis. Dank des allgemeinen Aufbruchs zum Freitagsgebet in einer nahen Moschee konnte ich fliehen und in ein Sammeltaxi in Richtung Tunesien steigen. Als ich dort durch die Grenzpolizei festgenommen wurde, war ich zum ersten Mal richtig erleichtert…"

Aufgrund der allgemein schlechten sozialen Situation, aber auch des Wirkens islamistischer Agitatoren unterschiedlicher Couleur hat das Werben von islamistischen Söldnern für Syrien zur Zeit in Tunesien Hochkonjunktur. In der Woche während des Weltsozialforums füllte das Thema mehrfach die Titelseiten tunesischer Zeitungen. Die Zahl der auf diese Weise Angeworbenen wird von manchen amtlichen Quellen auf bis zu 12 000 geschätzt. Andere Beobachter halten dies für übertrieben oder geben jedenfalls an, so viele tunesische Djihadisten seien auf jeden Fall nie in Syrien angekommen; der AFP-Journalist Djilali Belaïd schätzt ihre Zahl im syrischen Kampfgebiet auf „höchstens 2000". Allerdings geben tunesische Journalisten wiederum an, 6000 rekrutierte Tunesier befänden sich in Ausbildungslagern in Libyen. Menschen in Tunesien haben unterdessen vor allem davor Angst, was passiert, wenn diese Leute – durch die Kriegserfahrung enthemmt – in ihr Land zurückkehren. Eine entsprechende Erfahrung machte Algerien vor zwanzig Jahren mit jenen jungen Männern, die zuvor in Afghanistan gegen die Sowjetunion gekämpft hatten und später oft ein Rückgrat bewaffneter Banden bildeten.

Kommt es nicht zu spürbaren Verbesserungen der Lebensverhältnisse im Land, könnte Tunesien in naher Zukunft auf diese Weise neuartige Probleme bekommen.

Geschichtsrevisionisten raus!

Staatsapparate sind theoretisch bei Weltsozialforen unerwünscht, die ansonsten einen Jahrmarkt für unterschiedliche Ausdrucksformen darstellen: Kommerzielle Werbung für NGOs, für Esperanto als Weltsprache oder „Weltbürgerpässe", gewerkschaftliche Organisierungs- und philosophische Orientierungsangebote.

Richtig durchgehalten wurde dieses Prinzip einmal mehr nicht, sondern staatliche oder staatsnahe Akteure unterschiedlicher Provenienz konnten sich de facto darüber hinwegsetzen. Die dem US-Außenministerium nahe stehende und von ihm finanzierte Entwicklungsagentur US-AID präsentiert sich an einem Stand als NGO, und die brasilianische Ölfirma Petrobras hat das gemeinsame Haus- ⟶

Von Überraschung zu Überraschung

Politisches Erdbeben nach dem Geständnis des Ex-Haushaltsministers, doch ein illegales Konto in der Schweiz besessen zu haben. Die Neofaschisten könnten profitieren – doch sind ihre eigenen Leute tief verwickelt. Das Konto für den Ex-Minister eröffnete ein rechtsextremer Steueranwalt...

Der Bock, der da zum Gärtner ernannt worden war, war wirklich (und im buchstäblichen Sinne) kapital. Seit dem Jahreswechsel 2012/13 bestand ein Verdacht gegen den damaligen Haushaltsminister Jérôme Cahuzac. Der sozialdemokratische Politiker solle ein in Frankreich nicht angegebenes und folglich nicht versteuertes Konto in der Schweiz besessen haben, welches inzwischen nach Singapur transferiert worden sei, erfuhr die Öffentlichkeit damals. Ein Haushaltsminister in Frankreich ist ein dem Wirtschafts- und Finanzminister beigeordneter zweiter Minister, mit Zuständigkeit für die Ausarbeitung von Steuergesetzen und Staatshaushalten sowie für die Bekämpfung von, ähm, nun ja, Steuerflucht.

Der als Gärtner amtierende Bock leugnete die Sache über die Monate hinweg. Und log dabei allem Anschein nach beharrlich auch seine Vorgesetzten, Staatspräsident François Hollande und Premierminister Jean-Marc Ayrault, an – die ihn wohl als Minister gefeuert hätte, wenn er ihnen reinen Wein eingeschenkt hatte. Als es dann nun wirklich überhaupt gar nicht mehr ging (weil Cahuzac zu der Überzeugung gekommen war, die Ermittlungsbehörden seien ihm unvermeidlich auf den Schlichen), packte er dann doch noch aus. Am Spätnachmittag des Dienstag, 02. April lief sein Geständnis über die Nachrichtenticker: Ja, doch, das Konto gab es wirklich. Tatsächlich verfügte er erst über ein „steuerflüchtiges“ Bankkonto in der Schweiz und danach in Singapur. 600 000 Euro befänden sich darauf. Prompt wurde sofort ein Strafverfahren wegen „Hehlerei bei Steuerhinterziehung“ gegen ihn eingeleitet; dies ist der einzige Straftatbestand, unter dem er noch angeklagt werden kann, denn der Rest ist verjährt. Eine schweizerische Zeitung berichtete unterdessen am 07. April, in Wirklichkeit sei es aber nicht nur eine gute halbe Million, sondern 15 Millionen, die illegal (da an der Steuer vorbei) ins Ausland transferiert worden seien.

Seitdem hält ein mittleres politisches Erdbeben in Frankreich. Der „Vertrauensverlust in die Politik“ (wie die Medien entpolitisierend formulieren) gilt als immens. Er ist aber natürlich umso höher, als inhaltlich bei der bisherigen Politik des mit dem Versprechen auf „Veränderung“ angetretenen Sozialdemokraten François Hollande bislang für die lohnabhängige Bevölkerung schlicht nichts, aber auch überhaupt nichts Gutes herauskam. Die Cahuzac-Affäre ist da nur der Katalysator oder Kristallisationspunkt, an welchem sich das Unbehagen nun festmacht. François Hollande purzelte auf einen neuen Tiefstwert von – am 14. April gemessenen - 26 Prozent der Umfragenteilnehmer/innen, die ihm noch „vertrauen“. Nach nur zehn Monaten im Amt ist das ein Rekord in der jüngsten Geschichte.

Eine der erheblichen Befürchtungen, die in breiten Kreisen mit diesen politischen Entwicklungen einhergehen, ist jedoch, dass die extreme Rechte von diesem politischen Klima massiv profitieren könnte. In Großwetterlagen wie diese nutzt ein allgemeiner Ekel gegenüber Allem, was nach „(Berufs)politikern“ aussieht, selten den Linken – denn auch diese stehen gegenüber einem Teil der Bevölkerung unter dem selben Erklärungszwang wie alle anderen andere politischen Kräfte, darüber, warum es ÜBERHAUPT etwas bringen soll, sich zu engagieren. Die extreme Rechte in Gestalt des Front National hatte es zu Anfang der 1990er geschafft, solche Stimmungen kongenial in einem Slogan zu konzentrieren, den Jean-Marie Le Pen damals auf seine Wahlplakate stellte: TOUS POURRIS! (Ungefähr: „Alle verkommen“; pourri bedeutet wörtlich so viel wie „verfault“).

Überraschend wird die Sache nun aber doch noch interessant, statt einfach nur eklig. Denn neueste Enthüllungen seit Mittwoch Abend ergeben, dass das nämliche Konto in *Fortsetzung nächste Seite unten*

---

zelt der Vereinigungen aus ihrem Land gestiftet. Das Königreich Saudi-Arabien tritt nicht mit Personen direkten in Erscheinung, aber in Form von weißen Zelten, welche als Regenschutz dienen sollen und die unwahrscheinliche Aufschrift Saudi Arabia, kingdom of humanity tragen. (Sie sollen – wie im Nachhinein zu erfahren ist – bereits im Flüchtlingscamp von Choucha im Einsatz gewesen sein, und danach durch die tunesische Regierung weiterbenutzt worden sein.) Am folgenden Tag ist allerdings von dem Text kein Buchstabe mehr zu erkennen, er verschwindet unter dicker roter Farbe. Daneben hat jemand systematisch Anti-system geschrieben.

Den wohl schlimmsten Fall quasi-staatlicher Präsenz bildet die einer iranischen Propagandaorganisation (natürlich regimenahe, oder könnte sich jemand ernsthaft vorstellen, dass iranische Oppositionelle in Ruhe nach Tunis aus- und wieder nach Teheran einreisen?). Am ersten Tag gibt sie sich nicht offen zu erkennen. Sie legt jedoch in einem der Innenhöfe der Universität El-Manar, wo das WSF stattfindet, Fotos zu israelischen Militäraktionen in Gaza mit der einwandfrei geschichtsrevisionistischen Überschrift The real holocaust aus. Man muss schon sehr genau hingucken, um das Logo der Islamischen Republik Iran zu erkennen. Am übernächsten Tag packen die bärtigen Standwächter, die mit einer Kamera eventuelle Widersacher filmen, dann jedoch die Staatsfahne ihres Folterregimes und ein Khomeinei-Portrait aus, in den allerletzten Stunden auch einen aufblasbaren Riesenpenis mit der Überschrift Zionism = Racism.

Gleichzeitig bekommen sie an zwei Nachmittagen hintereinander – am Donnerstag und Freitag – Ärger mit Opponenten, die direkt gegenüber „Unabhängigkeit für Ahwaz“ fordern. Es handelt sich um eine arabischsprachige und überwiegend sunnitische Provinz im Südwest-Iran. Sie bezeichnen die Iraner als Safaoui („Safawiden“), nach der Bezeichnung einer persischen Dynastie im 15. Jahrhundert, heute in sunnitisch-islamistischen Kreisen als Schimpfwort für Schiiten üblich. Als die Konfrontation sich zuzuspitzen beginnt, gehen am Freitag Nachmittag Menschen mit tunesischen und ägyptischen Fahnen dazwischen und verdecken beide streitenden Lager. Eine tunesische Forumsteilnehmerin meint dabei im Vorübergehen, die Iraner hätten hier nichts zu suchen. Ein Landsmann wendet ein, er sei strikt gegen das Teheraner Regime, aber man müsse „das Regime beschimpfen, jedoch nicht die Schiiten oder das iranische Volk als solche“.

Solche Akteure, die auf einem progressiven Forum ganz gewiss nichts zu suchen haben sollten – die iranischen Regimevertreter hätte man unbedingt „zurück zum Absender“ nach Teheran befördern müssen –, sind in den Räumen unter freiem Himmel optisch präsent. Also im Innenhof der Universität von El-Manar. Auch tunesische Islamisten, etwa mit Buchläden. Dort, wo das Weltsozialforum arbeitet – in rund 1200 Workshops, Debatten und thematischen Plenarsitzungen – sind solche Kräfte jedoch kaum bis gar nicht vertreten. Die Inhalte des Forums haben sie also kaum beeinflussen können. Das hätte auch noch gefehlt…

Bernard Schmid, Paris ■

Internationaler Tag der Roma für eine Zukunft der Roma

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen unterstützt den Appell der mit der Erklärung des Roma-Treffens vom 23. März an die neue Landesregierung und den Landtag von Niedersachsen gerichtet ist. Darin wird gefordert, dass mitmenschliches Engagement und Inklusion an die Stelle von Hysterie und Ausgrenzung treten sollen, die noch immer bestimmend sind im Auftreten gegenüber Roma.

Die Erklärung des Roma-Treffen soll heute am 8. April, dem internationalen Tag der Roma, Abgeordneten des Landtages übergeben werden. Anschließend, gegen 16.00 Uhr, werden vor dem Landtag Luftballons für ein Bleiberecht für Roma steigen gelassen. Gleichzeitig werden in zahlreichen anderen Städten in Deutschland und etlichen anderen Ländern ebenfalls Ballons für die Rechte von Roma in die Luft steigen.

Nach wie vor sind Roma insbesondere in Europa antiziganistischer Hetze, Verfolgung und Übergriffen ausgesetzt. Fliehen sie vor solcher Verfolgung, so müssen sie nicht zuletzt in Deutschland erfahren, dass sie mit rassistischen Stereotypen des „Missbrauchs des Asylrechts“ geziehen werden.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen schließt sich daher den Forderungen von Roma-Selbstorganisationen wie z.B. Romane Aglonipe e.V. und dem Roma Center Göttingen an, Diffamierungen und Ausgrenzungen von Roma entgegenzutreten und Roma-Flüchtlingen ein Bleiberecht zu gewähren.

Quelle: sw@nds-fluerat.org 08.04.2013 ■

Stoppt die Diskriminierung von Roma in der EU!

Anlässlich des Internationalen Roma-Tages am 8. April fordert Amnesty International, die Diskriminierung von Roma in der EU zu stoppen.

„Die EU muss umgehend die ihr zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um Regierungen, die die Roma nicht vor Gewalt und Diskriminierung schützen, zur Verantwortung zu ziehen“, fordert Marie von Möllendorff, EU-Expertin von Amnesty International in Deutschland. „Die Diskriminierung von Roma widerspricht dem EU-Recht und den Prinzipien von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, auf denen die EU basiert.“ In Europa gibt es zwischen 10 und 12 Millionen Roma, ungefähr die Hälfte von ihnen leben in EU-Mitgliedsländern. Acht von zehn Roma-Haushalten sind von Armut bedroht, nur einer von sieben Jugendlichen schließt eine weiterführende Schule ab.

Rechtswidrige Zwangsräumungen von Roma-Siedlungen sind in einer Reihe von Ländern an der Tagesordnung, so zum Beispiel in Rumänien, Italien und Frankreich. Kinder aus Roma-Familien werden in der Tschechischen Republik, Griechenland und der Slowakei aus dem regulären Unterricht ausgeschlossen, und in vielen Ländern werden Roma nicht ausreichend vor gewalttätigen Angriffen geschützt. Diese Ausgrenzung verletzt EU-Recht, denn die Antirassismus-Richtlinie und die Grundrechtecharta der EU verbieten Diskriminierung aufgrund ethnischer Herkunft.

„Die EU belangt Mitgliedsstaaten sehr wohl, wenn es um technische Verstöße geht, etwa auf dem Gebiet des Transport- oder Steuerwesens. Bei rechtswidrigen Zwangsräumungen, Ausgrenzung oder durch Hass motivierten Angriffen passiert das aber nicht“, kritisiert von Möllendorff. „Die EU, die mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde, hat die Macht, solche diskriminierende Praktiken in ihren Mitgliedsstaaten zu beenden. Sie sollte ihren Einfluss jetzt endlich nutzen.“

Quelle: Amnesty International 08.04.2013 ■

---

der Schweiz im Jahr 1992 für Cahuzac durch einen rechtsextremen Steueranwalt eröffnet wurde, welcher zum engeren Beraterkreis um Marine Le Pen zählt. Es handelt sich um Philippe Péninque, ein ehemaliges führendes Mitglied der rechtsradikalen studentischen Schlägertruppe GUD (Groupe Union Défense); vgl.

http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/04/03/un-proche-de-marine-le-pen-a-ouvert-le-compte-de-m-cahuzac-chez-ubs-en-1992_3153137_823448.html und http://www.lemonde.fr/politique/article/2013/04/03/les-liens-inavouables-de-cahuzac-avec-les-gudards-de-marine-le-pen_3153182_823448.html

Die Verbindungen zwischen Marine Le Pen und Philippe Péninque waren seit längerem bekannt (u.a. durch die Bücher, die ihr gewidmet worden waren, etwa von Caroline Monnot und Abel Mestre); nicht jedoch die Verbindungen zwischen den Clan der früheren GUD-Mitglieder und Jérôme Cahuzac, die offenbar seit den gemeinsamen Studienzeiten und gemeinsamen Feten anhielten. Für den abgehalfterten sozialdemokratischen Politiker wirft dies noch einmal zusätzliche, völlig neue Fragen auf. Die Chefin des Front National bekommt dadurch jedoch ihrerseits ebenfalls neuartige Probleme. Bislang versucht sie, diesen durch Scherze (über ihr angebliches „Exil in den Ardennen“) auszuweichen – und ging zugleich in die Offensive, indem sie in Anbetracht des Skandals gleich lautstark die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen forderte.

Ob die Verwicklung von führenden Protagonisten der extremen Rechten in den Finanzskandal allerdings ihrem aktuellen, starken Aufschwung Abbruch tut, oder aber nur (uns) eine kleine mediale Atempause zu verschaffen vermag, steht auf einem anderen Blatt. Hauptnutznießerin eines TOUS POURRIS-Klimas ist und bleibt in aller Regel die extreme Rechte. Durch deren starke Mobilisierung im Zusammenhang mit den teilweise riesigen Demonstrationen gegen die derzeit in Einführung befindliche Homosexuellen-Ehe (Hunderttausende gingen am 17. November 12, am 13. Januar 13 und abermals am 24. März dieses Jahres dagegen auf die Straße) weist sie derzeit unzweifelhaften Rückenwind auf.

Unterdessen drohte der GUD – die frühere Organisation von Philippe Péninique – erstmals öffentlich damit, in diesem Jahr die Gay Pride-Demonstration (deutsch auch als Christopher Street Day bekannt) im Juni d.J. militant zu attackieren. Dies wäre vor kurzem noch undenkbar gewesen... Unterdessen drohte die GUD, die frühere Organisation von Philippe Péninique, erstmals öffentlich damit, in diesem Jahr die Gay Pride-Demonstration (deutsch auch Christopher Street Day) im Juni militant zu attackieren. Dies wäre vor kurzem noch undenkbar gewesen. Gleichzeitig weisen die rechten Kräfte nunmehr ihre vermeintlichen „Märtyrer“ auf, nachdem ein Versuch von Demonstrationsteilnehmern am 24. März 13, polizeiliche Absperrungen zu durchbrechen – um entgegen einem Verbot doch auf den Champys-Elysées zu demonstrieren – durch die Einsatzkräfte mit Tränengas beantwortet worden war. Seitdem hält sich hartnäckig das völlig unbelegte Gerücht über „Tränengasangriffe auf unschuldige Kinder“, da an der Demonstration viele kinderreiche katholische Familien teilgenommen hatten.

70 militante Gegner des Rechts von Homosexuellen auf Eheschluss wurden unterdessen in der Nacht vom Sonntag zum Sonntag, 14. auf 15. April in Polizeigewahrsam genommen. „Frigide Barjot“ (der Name ist ein Pseudonym), die schwer durchgedrehte „katholische Komikerin“ und Gallionsfigur der Demonstrationen gegen die Homo-Ehe, drohte der Regierung unterdessen mit „Bürgerkrieg“: „François Hollande wird Blut sehen, und er wird Blut bekommen!“ Auch wenn die Frau offenkundig psychisch gestört ist, so ist dies doch zugleich Ausdruck eines Klimas. Mindestens bis zum 23. April, dem Tag, auf den die feierliche Abstimmung des Parlaments zur Annahme des künftigen Gesetzes – das den Homosexuellen einen Eheschluss erlaubt – angesetzt wurde, dürfte der Irrsinn weitergehen.

Bernard Schmid, Paris ■

8. April – Internationaler Tag der Sinti und Roma*

Am 8. April ist der Internationale Tag der Sinti und Roma. Aus diesem Anlass veranstaltete der Berliner Landesverband von Amaro Drom e.V und der Verein von jungen Roma und Nicht-Roma verschiedene Aktionen. In der Mitteilung des Vereins heißt es dazu:

Der 8. April ist ein wichtiger Tag für Roma in ganz Europa. An diesem Datum fand 1971 der erste Welt-Roma-Kongress in London statt, ein Meilenstein für die Emanzipation der Roma, auf dem sich die Delegierten einmütig für die Selbstbezeichnung /Roma/ anstelle diskriminierender Fremdbezeichnungen aussprachen, sowie sich auf ihre gemeinsame Flagge und eine Hymne einigten. Das Lied „Gelem, gelem“ erinnert an die Jahrhunderte lange Verfolgung der Sinti und Roma. Seit über 600 Jahren begegnet man uns mit Vorurteilen, eine gleichberechtigte gesellschaftliche Partizipation blieb verwehrt. Die Geschichte von uns Roma ist die Geschichte von Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung, die ihren traurigen Höhepunkt im nationalsozialistischen Genozid fand.

Der Porrajmos (Romanes, dt.: das Verschlingen), wie der Holocaust von Roma bezeichnet wird, hatte den Tod von etwa 90% der europäischen Roma, von einer halben Million Menschen, zur Folge.

Wir vergessen nicht. Auch daran wollen wir uns am 8. April erinnern und der Opfer dieser grausamen Verbrechen gedenken, deren Nachkommen wir Roma sind. Wir bleiben nicht stumm. Unsere Geschichte ist seit Anbeginn ein Kampf um Gleichberechtigung und Würde. Gemeinsam treten wir für unsere Rechte und unsere Freiheit ein, um uns ein Leben in Würde und Sicherheit zu schaffen, wie es jeder_m anderen zusteht.

Anlässlich des Internationalen Tages der Sinti und Roma fordern wir daher ein Ende der Diskriminierung und der sozialen Ausgrenzung, die noch immer anhält. Weit verbreitete Vorurteile und Stereotype werden in den Medien, in Politik und Gesellschaft noch immer nicht ausreichend kritisiert. Wir fordern, dass sich jede_r bewusst macht, welche Folgen Antiziganismus hat und wünschen uns Unterstützung für unser Bemühen um ein gleichberechtigtes Miteinander.

Amaro Foro e.V.
http://merdjan@amarodrom.de

Historische Verantwortung: Verfolgung Sinti und Roma

Kommentar von Wolfgang Benz, emeritierter Hochschullehrer an der TU Berlin, von 1990 bis 2011 Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU

Das Sujet „Zigeuner“ hat Konjunktur. Stimuliert durch die Überfremdungsängste der EU-Bürger erblühen alte Vorurteile zu neuem Leben, werden Feindbilder reaktiviert, mit denen die größte ethnische Minderheit Europas traditionell stigmatisiert sind: Zivilisationsfeindlich, kriminell, gewalttätig, zügellos, unstet, nicht lernfähig und nicht integrierbar seien Sinti und Roma, versichern uns selbsternannte Experten. Und sie legen den Schluss nahe, an ihrem Elend in der Slowakei, in Ungarn und Rumänien seien sie selbst schuld. Die Situation der Roma in Südosteuropa ist Touristenattraktion, ist Gegenstand von aufgesetzt einfühlsamen Reportagen und Fotostrecken, die mit dem Blick des Herrenmenschen angefertigt werden, um uns das Grausen zu lehren.

Die „Experten“ nennen die Objekte ihres Interesses ganz ungeniert wieder „Zigeuner“, obwohl sie das kränkt. Durch Verallgemeinerung wird die Gefahr beschworen und Kenntnis von ihr verbreitet, die uns durch Migration angeblich droht. Die unangenehmen Eigenschaften, die pauschal auf alle Roma aus Südosteuropa projiziert werden, sind willkommene Gründe zur Ausgrenzung und Diskriminierung. Und wer angesichts bettelnder Kinder und Frauen von deren Menschenwürde spricht, also davon, dass Polizeimaßnahmen zur Abschiebung nicht rechtens sind, muss sich naiv nennen lassen und leichtsinnig angesichts einer vermeintlich großen Gefahr, der man energisch entgegentreten müsse.

Einst hieß es „Zigeunerplage“ und es ist erst Jahrzehnte her, dass man der Minderheit energisch entgegentrat: Die Diskriminierung und Verfolgung von Sinti und Roma kulminierte im Völkermord unter nationalsozialistischer Ägide. Daran erinnern neben dem kürzlich eingeweihten Denkmal in prominenter Lage Berlins die Mahnmale und andere Zeichen in den großen Städten. Den Überlebenden wird politische Empathie in der Öffentlichkeit entgegengebracht, im privaten Raum bleibt es zu oft bei den überlieferten Mutmaßungen, die Abneigung und Ausgrenzung begründen.

Das NS-Regime hatte sich die überlieferten rassistischen und sozialen Ressentiments zu eigen gemacht und führte die seit Langem gängige Politik gegen die Minderheit nur weiter, bis die Ausgrenzung im Völkermord mündete. Auch dieser Genozid wurde so systematisch wie der Judenmord geplant und ausgeführt. Aber er drang erst spät ins Gedächtnis der Nation, weil die Mehrheit der Deutschen lange Zeit einig war, dass das Schicksal der „Zigeuner“ von anderen Intentionen bestimmt gewesen sei. Nicht Rassenhass sondern Kriminalprävention sei die Absicht der Nationalsozialisten gewesen und die Leiden hätten Sinti und Roma weniger verspürt als andere Opfer. Und wenn es Kriminalprävention war, dann waren die Opfer doch auch selber schuld an ihrem Unglück, dachte die Mehrheit noch Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches.

Die Leiden der Sinti und Roma waren mit dem Ende des NS-Regimes nicht beendet. Die Diskriminierung dauerte mindestens bis in die 1970er-Jahre. Die Ablehnung der Anträge auf Entschädigung wurde von den Behörden mit den gleichen rassistischen Vorurteilen begründet, die vom NS-Staat zur Verfolgung der Minderheit benutzt wurden. „Zigeuner“ seien aus Veranlagung kriminell, ihre Internierung im Dritten Reich habe deshalb nur polizeilich notwendige vorbeugende Gründe gehabt, die Haftbedingungen seien harmlos gewesen und die Verfolgung in Auschwitz habe sie weniger geschmerzt als andere Menschen. Vom Genozid wollten Politiker, Behörden, Gutachter, Mitbürger nichts wissen.

Erst spät, für viele zu spät, gaben Gerichte den Klagen von Sinti und Roma auf Entschädigung recht. Und noch viel später sind sie in die Gedenkkultur der Nachgeborenen aufgenommen worden. Aber des Unrechts, das der Minderheit geschehen ist, sind wir uns immer noch nicht genügend bewusst, das lehren die anhaltenden Vorurteile und die Ängste der Mehrheit gegenüber Sinti und Roma in der Gegenwart.

Quelle: Publikation „Forum Migration April 2013“ 01.04.2013 ■

Nationale Minderheiten in Deutschland

Nationale Minderheiten in Deutschland sind selten ein Thema der Medien. Am ehesten wird über deutsche Sinti und Roma berichtet, zumeist aber als Opfer der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie.

Im letzten Jahr waren nationale Minderheiten dann doch kurz Gegenstand der Berichterstattung – beides Mal von Schleswig-Holstein ausgehend. Im Sommer 2012 kam es bei der Regierungsbildung erstmals zu einer Koalition zwischen SPD, Grünen und dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW), der Partei der dänischen Minderheit. Im November 2012 wurden dann erstmals Sinti und Roma in einer Landesverfassung als nationale Minderheit anerkannt. Alle im schleswig-holsteinischen Landtag vertretenen Parteien stimmten dafür.

Dänen sowie Sinti und Roma sind zwei der insgesamt vier nationalen Minderheiten in Deutschland. Die anderen beiden sind die friesische Volksgruppe und das sorbische Volk. (Zur rechtlichen Festlegung des Schutzes nationaler Minderheiten und zum Schutz von Minderheitensprachen siehe „Minderheiten und Minderheitensprachen“)

Merkmale einer nationalen Minderheit sind die deutsche Staatsangehörigkeit, eine eigene – von der Mehrheitsbevölkerung

unterschiedene – Sprache. Kultur und Geschichte und der Wille diese Identität auch zu bewahren. Sie sind darüber hinaus traditionell in Deutschland ansässig.

Mit Ausnahme der Sinti und Roma leben die nationalen Minderheiten in angestammten Siedlungsgebieten, die Friesen und Dänen im Norden, die Sorben in den Regionen um Leipzig, Altenburg, Lommatzsch, Dresden, Bautzen und im Spreewald. Dass nationale Minderheiten sich nicht auf Folklore reduzieren lassen, sondern auch politischer Faktor sind und sich vor Assimilierung schützen wollen, zeigt ein Blick auf die Situation der dänischen Minderheit

Quelle: Publikation „Forum Migration April 2013" entnommen ■

Humaneres europäisches Flüchtlingssystem

Anlässlich eines Treffens des Rates Justiz und Inneres der Europäischen Union (EU) zum Ausbau der Grenzkontrollen am 7. und 8. März 2013 fordert ein breites gesellschaftliches Bündnis eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik.

Zu den Unterzeichnern des Memorandums mit dem Titel „Flüchtlingsaufnahme in der Europäischen Union: Für ein gerechtes und solidarisches System der Verantwortlichkeit" gehören unter anderem Pro Asyl, die Diakonie Deutschland, der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Arbeiterwohlfahrt. Das Memorandum attestiert dem europäischen Asylsystem eine tief greifende Krise und kritisiert besonders die strukturellen Defizite des Dublin Systems.

Es werden drei Geburtsfehler ausgemacht: Die Staaten an den Außengrenzen, wie Griechenland und Italien, werden unverhältnismäßig stark belastet. Es existieren keine einheitlichen Standards, die Aufnahmequoten klaffen stark auseinander, ebenso die Aufnahmebedingungen. Zuletzt zwingt das Verursacherprinzip die grenznahen Staaten zu immer schärferen Grenzkontrollen, der Non-Refoulement Grundsatz der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) wird immer häufiger verletzt.

Ein Lösungsvorschlag des Memorandums besteht in der Aufhebung des Kriteriums der „illegalen Einreise". Dafür soll das Prinzip der „freien Wahl des Mitgliedstaates" gelten, was in der internationalen Rechtsentwicklung Anknüpfungspunkte findet.

Weitere Informationen findet man unter: www.proasyl.de

Quelle: Publikation „Forum Migration April 2013" 01.04.2013 ■

Optionszwang bröckelt: Doppelte Staatsbürgerschaft

SPD und Grüne wollen die doppelte Staatsbürgerschaft erleichtern, sollten sie die Wahl gewinnen. Auch die amtierende Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) will das Staatsbürgerschaftsrecht notfalls reformieren, in ihrer Partei wird bereits über die generelle Anerkennung von doppelter Staatsbürgerschaft diskutiert.

Besonders im Fokus steht der Optionszwang. Entsprechend dem veränderten Staatsangehörigkeitsrecht haben Kinder ausländischer Eltern, die ab dem Jahr 2000 geboren wurden (auf Antrag ab 1990), die deutsche und die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern. Bis zum 23. Lebensjahr müssen sie sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. Tun sie dies nicht, verlieren sie automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft.

„Die Optionslösung gehört auf den Prüfstand, wenn es dazu führt, dass sich Menschen von Deutschland abwenden", erklärt die Bundesjustizministerin. Weiter meint sie: „Wir sollten uns einer weiteren Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts nicht verschließen und die doppelte Staatsangehörigkeit auf eine rechtlich breitere Basis stellen."

Der Interkulturelle Rat (IR) begrüßt das Vorhaben der Ministerin. In einer Presseerklärung des IR vom 20. Februar 2013 erklärt Torsten Jäger, der Geschäftsführer: „Mehrfachstaatsangehörigkeiten sind in Einbürgerungsverfahren zwischenzeitlich von der Ausnahme zur Regel geworden." Dabei bezieht sich Jäger auf die rund 4,5 Millionen Menschen in Deutschland mit mehreren Staatsangehörigkeiten. Auch rund die Hälfte der im Jahr 2011 eingebürgerten Menschen durften aus unterschiedlichen Gründen ihre alte Staatsangehörigkeit behalten. Es werde Zeit, dass das Staatsangehörigkeitsrecht dieser Entwicklung endlich Rechnung trage, so Jäger.

Quelle: Publikation „Forum Migration April 2013" 01.04.2013 ■

Berlin: Polizeieinsatz unverhältnismäßig

Erneut nimmt die Polizei eine Auseinandersetzung außerhalb der besetzten Schule zum Anlass, um mit unverhältnismäßigem Mitteleinsatz gegen alle Geflüchteten in der besetzten Schule vorzugehen, kritisieren betroffene Refugees und anwesende Supporter_innen.

Gegen halb acht drang eine größere Anzahl Polizeibeamte eines Sonderkommandos teils vermummt in die Schule ein, riegelten diese komplett ab, zerstörte einen Großteil der Türen zu den Räumen, ohne den Bewohner_innen Zeit zum Öffnen zu lassen und wecken diese lt. Zeugenaussagen teilweise zu dem mit vorgehaltener Waffe. Sie wurden teilweise aufgefordert die Räume zu verlassen, sich mit erhobenen Händen an Wände zu stellen, um sie durchsuchen zu können. Einer Anwältin wurde der Zugang verwehrt. Auskünfte zu dem Hintergrund dieser Polizeiaktion wurden an Betroffene nicht erteilt. Zudem wurde diese Razzia dazu benutzt, Geld, Handys, eine Uhr und weiteres Eigentum von Refugees zu beschlagnahmen. Belege wurden dafür nicht ausgestellt.

Zwei Refugees wurden festgenommen, aber kurz darauf wieder freigelassen. Ein Refugee begab sich zur medizinischen Versorgung in ein Krankenhaus.

Zurück blieben schockierte, ohnehin traumatisierte Geflüchtete, darunter Kinder, in einem zerstörten Lebensraum, denen erneut damit klargemacht wurde, dass es für sie keinen rechtlich geschützten Rückzugsraum, keine Privatsphäre und keinen Schutz für ihr Eigentum geben soll.

Dass ist für uns nicht hinnehmbar! Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, alle Hintergründe und Polizeimaßnahmen einer eingehenden und transparenten Prüfung zu unterziehen sowie den mündlichen Durchsuchungsbefehl des zuständigen Richter hinsichtlich der Weiträumigkeit und Verhältnismäßigkeit der Mittel zu prüfen. Zudem ist dafür zu sorgen, dass beschlagnahmtes Eigentum an die Besitzer_innen zurückgeben wird.

Die besetzte Schule ist kein rechtsfreier Raum und die Refugees sind keine rechtlosen Menschen, an denen sich Polizeibeamte ohne jede Konsequenz auslassen können! Dem Anliegen der Refugges sich den Auswirkungen von Flucht, Gewalt und Ausgrenzung sowie prekären Lebensbedingungen selbst wirksam und strukturiert entgegenzustellen, wirkt dieses durch solche Polizeieinsätze geschaffene Klima von Angst, Verunsicherung und Kriminalisierung diametral entgegen.

Die protestierenden Geflüchteten und Supporter_innen in Berlin zur Polizeirazzia am Sonntagmorgen in der besetzten Schule

Quelle: Presseerklärung http://asylstrikeberlin.com 07.04.2013 ■

Residenzpflicht:Haftantrag gegen Flüchtlingsaktivisten

MEININGEN. Landratsamt Meiningen beantragt Erzwingungshaft gegen Miloud L Cherif für eine Fahrt nach Erfurt aus dem Jahr 2010

In einem Schreiben vom 28.03.2013 informierte das Amtgericht Meiningen den Flüchtlingsaktivisten und Studenten der TU Ilmenau, Miloud L Cherif, darüber, dass vom Landratsamt Meiningen Erzwingungshaft gegen ihn beantragt worden ist. Mit diesem Schritt wollen die Meininger Behörden ihn dazu nötigen, ein Bußgeld von 62 Euro zu begleichen, das ihm auferlegt wurde, nachdem ihn die Bundespolizei im Erfurter Hauptbahnhof am 20.11.2010 kontrolliert hatte und wegen des nicht genehmigten Aufenthalts außerhalb des Landkreises Schmalkalden-Meiningen die Weiterreise verweigert hatte. Miloud L Cherif verweigerte die Strafzahlung und er-

klärte damals öffentlich: „Meine Freiheit steht nicht zum Verkauf – die Residenzpflicht gehört abgeschafft!“

Nachdem bereits am 18.08.2011 einmal Erzwingungshaft beantragt worden war, wurde diese infolge öffentlicher Proteste kurz darauf vom Landratsamt zurückgezogen. In einem Schreiben vom 08.09.2011 hieß es noch: „Der Fachbereichsleiter Ordnung und Sicherheit, Herr Bernhardt, hat sich entschlossen, in Ihrem Fall auf die Anwendung des Zwangsmittels „Erzwingungshaft zur Durchsetzung der gegen Sie bestehenden rechtskräftigen Forderung zu verzichten.“

Kurz vor seiner Einschreibung an der TU Ilmenau im Herbst 2012 hat das Landratsamt wieder begonnen, regelmäßig das Bußgeld einzufordern und mit Haft zu drohen. Miloud L Cherif hatte jedoch seit dem ersten Brief sowohl im direkten Schriftverkehr, als auch in öffentlichen Aktionen erklärt, die Zahlung grundsätzlich zu verweigern und in einer Stellungnahme u.a. auf den historischen Ursprung des rassistischen Gesetzes verwiesen, das in deutschen Kolonialgebieten erstmalig Anwendung fand. Vor diesem Hintergrund soll nun Gebrauch von dem Beugemittel der Erzwingungshaft gemacht werden, nach deren Vollzug das Bußgeld immer noch zu begleichen wäre.

Die Wiederaufnahme der Haftandrohung durch das Landratsamt reiht sich ein in eine Zunahme an behördlichen Drohungen gegen das Ehepaar Lahmar-Cherif. Erst kürzlich wurde Milouds Ehefrau bei einem Termin zur Verlängerung der Duldung unter Druck gesetzt, eine Einwilligung zur freiwilligen Ausreise und damit der Trennung von ihrem Mann zuzustimmen. The VOICE Refugee Forum Jena steht bedingungslos hinter der Position von Miloud L Cherif: Die Residenzpflicht ist ein koloniales Gesetz und gehört abgeschafft, der Haftantrag des Landratsamts Meiningen gehört sofort zurückgezogen. Zudem ruft The VOICE zur Solidarisierung mit Miloud und Sarah L Cherif auf, die für das Recht von Flüchtlingen auf ein Leben in Frieden und Selbstbestimmung kämpfen.

Quelle: Pressemitteilung http://thevoiceforum.org 07.04.2013 ■

Niedersachsen: Vorstoß des Innenministers

Der niedersächsische Innenminister hat heute – unter Bezugnahme auf die Konferenz der A-Innenminister am vergangenen Freitag – eine weitere Öffnung der Bundesrepublik Deutschland für Schutz suchende syrische Flüchtlinge gefordert. Es sei, so der Innenminister, „weder nachvollziehbar noch vermittelbar, wenn Deutschland einerseits erfreulicherweise eine große Zahl von Flüchtlingen aufnimmt, andererseits aber Syrern mit verwandtschaftlichen Beziehungen nach Deutschland diesen Weg versperrt.“ Gerade weil es hierbei um Personen gehe, deren Lebensunterhalt in vollem Umfang von den hier lebenden Angehörigen sichergestellt werden würde, müsse es schleunigst eine Lösung geben.

Pistorius kritisiert auch den Plan des Bundesinnenministers, den 5000 syrischen Flüchtlingen, die im Rahmen einer ad-hoc-Aufnahme in diesem Jahr aus Jordanien aufgenommen werden sollen, nur ein befristetes Aufenthaltsrecht einzuräumen. Die syrischen Flüchtlinge sollten, so Pistorius, im Rahmen einer echten und insbesondere auf Dauer angelegten Resettlement-Aktion aufgenommen werden. Ein befristeter Aufenthalt sei „realitätsfern“, so Pistorius.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen begrüßt den Vorstoß des niedersächsischen Innenministers uneingeschränkt. Unzählige Flüchtlinge aus Syrien haben sich vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Syrien verzweifelt an den Flüchtlingsrat gewandt und darum gebeten, ihren Verwandten die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen. Selbst wenn diese in Deutschland lebenden Familien Verpflichtungserklärungen abgeben und sich bereit erklären, sämtliche mit der Aufnahme ihrer Angehörigen verbundenen Kosten zu tragen, wird ein Visum in der Regel mit der Begründung abgelehnt, es beständen Zweifel am „Rückkehrwillen“ der eingeladenen Personen. Diese bürokratische Verhinderung einer humanitären Aufnahmepraxis, wie sie etwa auch im Umgang mit bosnischen Flüchtlingen während des jugoslawischen Bürgerkriegs ermöglicht wurde, erscheint uns unverantwortlich. Statt weiterhin mit polizeilichen Mitteln die Flucht von Schutzsuchenden aus dem kriegsgebeutelten Syrien nach Deutschland zu verhindern, sollte die Bundesregierung pragmatische Schritte unternehmen, um Flüchtlingen eine Aufnahme in Deutschland zu ermöglichen.

Angesichts der Tatsache, dass ein Ende des Grauens in Syrien unabsehbar ist, erscheint es auch uns falsch, Flüchtlinge aus Syrien nur mit einem befristeten Aufenthaltsrecht auszustatten – und damit auch die Integration dieses Personenkreises zu erschweren, da für Flüchtlinge mit befristetem Aufenthalt die Teilnahme an Integrationskursen sowie die Arbeitsaufnahme nur eingeschränkt möglich ist. Deshalb ist die Forderung von Innenminister Pistorius richtig, den Flüchtlingen sofort eine Bleiberechtsperspektive einzuräumen und ihnen Partizipationschancen einzuräumen. Sollten sich die Verhältnisse in Syrien eines Tages grundlegend bessern, werden viele Flüchtlinge ohnehin wieder zurückkehren wollen. Integrationspolitisch ist es unsinnig, die Flüchtlinge hier auf Dauer wie Menschen auf Abruf zu betrachten, statt ihnen eine Partizipation von Beginn an zu ermöglichen.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 10.04.2013 ■

Flüchtlinge protestieren in Budapest

Schutzberechtigte aus Afghanistan fordern eine faire Integrationschance in Ungarn. Budapest, 09.04.2013 – „Ungarn hat uns wertlose Papiere gegeben. Wir werden aus dem Lager geworfen. Wo sollen wir hingehen? Ich kann doch nicht mit den Kindern auf der Straße leben.“ Die junge afghanische Frau ist verzweifelt aber auch wütend. Zweimal sind sie bereits im November letzten Jahres zum ungarischen Parlament gezogen, im Februar zogen sie dann vor die EU-Vertretung in Budapest. Mehr als 100 afghanische Flüchtlinge kamen, viele Alleinstehende vor allem aber ganze Familien, viele mit kleinen Kindern. Die Kinder riefen ungarische Slogans: „Gebt uns Wohnungen.“ Es sprechen auch Männer, aber dieser Protest ist stark von Frauen und Kindern bestimmt.

Es ist ein Protest für faire Integrationschancen. Hier protestieren Flüchtlinge, denen Ungarn bereits einen Schutzstatus zuerkannt hat. Dieser nutzt ihnen aber momentan nicht viel denn: „Papiere können wir nicht essen.“ Unter den gegebenen Rahmenbedingungen sei Integration nahezu unmöglich. Die Flüchtlinge werden nach sechs Monaten aufgefordert, das „Preintegrations“-Lager Bicske zu verlassen, viele von ihnen landen im Anschluss auf der Strasse. Denn sie werden weder bei der Wohnungssuche unterstützt, noch reicht die geringe finanzielle Unterstützung, um eine Wohnung anzumieten. In Ausnahmefällen kann es eine Verlängerung um weitere sechs Monate geben, die bei extremer Härte auf maximal 18 Monate ausgedehnt werden kann.

Die medizinische Unterstützung ist nicht ausreichend. Da viele Flüchtlinge nach dem Aufenthalt in Bicske obdachlos werden, wird ihnen bald der Zugang zu Gesundheitsversorgung fehlen. Auch steht den Flüchtlingen nach der Entlassung aus Bicske keine psychosoziale Betreuung mehr zur Verfügung. Ihre vielfältigen Traumatisierungen aufgrund von Verfolgung und Flucht zu überwinden, ist jedoch ein jahrelanger Prozess. Das größte Problem sehen sie im fehlenden Zugang zum Arbeitsmarkt. Die europäische Wirtschaftskrise hinterlässt auch in Ungarn ihre Spuren. Kaum ein Flüchtling, der Bicske verlässt findet in Ungarn Arbeit.

Die Forderungen der Flüchtlinge sind verständlich und berechtigt. „Wir brauchen zumindest den Standard von Integration und Unterstützung vom ungarischen Staat, den unsere Verwandten und Freunde, die in anderen Ländern der Europäischen Union leben auch bekommen. Wir wollen uns in diese Gesellschaft integrieren können und nicht isoliert leben.“ So heißt es in ihrer Petition an das ungarische Parlament.

Inzwischen ist die Hoffnung auf Gehör seitens der ungarischen Verantwortlichen gesunken. Die meisten der Protestierenden hatten zwar zumindest einen Aufschub erstreiten können. Sie sollten bis zum 31.März weiter in Bicske geduldet werden. Das akute Problem der Obdachlosigkeit dieser Familien ist damit aber nicht aufgehoben. Aktuell sind 92 der räumungsbedrohten Protestierenden noch immer in Bicske. Da sie nicht wissen wohin, weigerten sie sich schlicht, das Lager zu verlassen. Die Situation ist angespannt, viele fürchten sich vor der Zukunft. Erst kürzlich hat Ungarn mit einer Verfassungsänderung die Kriminalisierung von Obdachlosen in die Verfassung eingeschrieben. Einer der Protestierenden: „Wenn wir hier kein Gehör finden, werden wir unsere Probleme wohl auf europäische Ebene bringen müssen."

Quelle: Migrant Solidarity Budapest: http://migszol.com ■

Öffnung des Arbeitsmarkts nicht rückgängig machen!

Mit Enttäuschung haben die Flüchtlingsräte der Länder die Ankündigung der Bundesregierung zur Kenntnis genommen, das „ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt" im Jahr 2013 auslaufen zu lassen. „Wir sehen die Gefahr, dass die seit 2002 zaghaft begonnene Öffnung des Arbeitsmarkts für Flüchtlinge zum Stillstand kommt", erklärte hierzu Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen. … Die Bundesregierung begründet die Streichung des Programms mit Mittelkürzungen im EU-Haushalt. Diese Argumentation widerspricht jedoch aus Sicht der Landesflüchtlingsräte den eigenen politischen Zielsetzungen der Bundesregierung, wie sie etwa in den Strategien zur Fachkräfteoffensive festgeschrieben sind. Wenn selbst die erfahrungsgemäß hochmotivierten und an Potentialen reichen Flüchtlinge außen vor gelassen werden sollen, stellt sich die Frage, wie ernst denn das Ziel verfolgt wird, inländisches Fachkräftepotential für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Auch die Partizipation von Flüchtlingen in anderen Förderprogrammen scheint künftig nur eingeschränkt möglich. Erforderliche Unterstützungsstrukturen werden durch die Entscheidung zerschlagen.

„Es ist geradezu widersinnig, Flüchtlingen als Voraussetzung zur Aufenthaltsverfestigung regelmäßig eine gelungene Integration abzuverlangen und gleichzeitig gerade den Strukturen, die sie beim Erlangen solcher Integrationsleistungen unterstützen, den Hahn zuzudrehen", so die Flüchtlingsräte in ihrer Erklärung.

Die Flüchtlingsräte appellieren daher an Bundesarbeitsministerin von der Leyen und die Bundesintegrationsbeauftragte Prof. Maria Böhmer, jetzt die erzielten Erfolge abzusichern und dafür zu sorgen, dass die Politik des Abbaus von Diskriminierungen und der Öffnung des Arbeitsmarkts für Flüchtlinge fortgesetzt wird.

Konkret fordern die Flüchtlingsräte aller Bundesländer:

- Beseitigung noch bestehender Arbeitsverbote und -beschränkungen für Flüchtlinge. Flüchtlinge müssen – wie andere Eingewanderte auch – vom ersten Tag an einbezogen werden und partizipieren können.
- Öffnung aller EU-Bundes-Programme auch für Asylsuchende und Geduldete. Die Ausgrenzung von Flüchtlingen aus europäischen Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration, zur Bekämpfung von Rassismus oder zur Förderung von Inklusion begreift Flüchtlinge lediglich als Fremdkörper und nicht als Mitglieder der Gesellschaft. So sollte das Programm „Integration durch Qualifikation (IQ)" um Maßnahmen zur deutlichen Ansprache und Einbeziehung von Asylsuchenden und Geduldeten erweitert werden. Auch die Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen müssen ausdrücklich Asylsuchende und Geduldete einbeziehen und entsprechende Unterstützungsstrukturen wie etwa Beratungsangebote für Flüchtlinge und Arbeitsmarktakteure anbieten.
- Abschaffung des verfassungswidrigen Asylbewerberleistungsgesetzes. Das Sondergesetz zur Schaffung eines „Existenzminimums zweiter Klasse" aus dem Jahr 1993 war ein Fehler. Flüchtlingen muss der Zugang zum SGB II offen stehen.

Gemeinsame Presseerklärung Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. und Landesflüchtlingsräte Hildesheim, 9. April 2013 ■

KARAWANE Für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Flüchtlinge Wolfsburg: „Genug ist Genug!"

Aufruf zur Demonstration am 27. April im Rahmen der Break Isolation Campagne

WOLFSBURG. Wir Flüchtlinge aus Fallersleben/ Wolfsburg wollen nach vielen uneingelösten Versprechungen durch Regierungsparteien und Verwaltung öffentlich auf unsere Situation aufmerksam machen.

Wir können es nicht länger ruhig hinnehmen, im Isolationslager zu wohnen. Hier werden Tag für Tag Menschen traumatisiert, in Depression und bis in den Tod getrieben.

Manche von uns sind hier seit 12 Jahren und immer noch gibt es keine Hoffnung auf wenigstens eine Arbeitserlaubnis und ein allgemein besseres Leben. Einem Raum sind zwei bis fünf BewohnerInnen bzw. ganze Familien zugeteilt. Dieser eine Raum ist gleichzeitig Schlaf-, Wohnzimmer und Küche, das führt zu Konflikten, weil die Bedürfnisse der BewohnerInnen natürlich unterschiedlich sind. Beschwerden werden ignoriert, obwohl es freie Zimmer gibt. Mehr als zehn Bewohner sollen eine Toilette und Dusche gemeinsam nutzen. Das Lager wird durch die berüchtigte Firma K&S Dr. Krantz Sozialbau betrieben. Vor dem Firmensitz in Sottrum bei Bremen wurde unter anderen für die Schließung des Isolationslagers in Meinersen im Nachbarlandkreis demonstriert. K&S macht weiter seinen Gewinn mit dem Betreiben von Altenheimen und Isolationslagern und auf Kosten der Flüchtlinge und in Kollaboration mit den lokalen Behörden. …Wir nehmen uns das Recht, uns gegen Unrecht zu wehren und klar auszusprechen: Die Verletzung unserer Menschenrechte vom der Regierung und ihren staatlichen Institutionen organisiert, befeuert zusätzlich die rassistischen Aggressionen aus der deutschen Gesellschaft und wirkt auf die Täter als mehrheitsfähig, was trotz aufgeflogenem faschistischem NSU-Staatsprojekt und mit der Legitimierung faschistischen Parteien Realität ist. Deswegen können wir in Isolationslagern ohne Rechte warten – auf den geistigen und körperlichen Verfall, die Deportation und den Tod. Das ist in Deutschland mehrheitsfähig. Es geht um unsere Leben. Die Zeit des Schweigens und des Ertragens ist für uns vorbei. … Unsere Anklage hat schon lange begonnen, wir werden sie zum Internationalen Flüchtlings-Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 13. – 16. Juni nach Berlin tragen. …

Wir haben es lange genug ertragen müssen, in Schmerz, Qual und Trauer zu leben. Wir haben lange genug in einer verschmutzten Umgebung, in Mitten eines Industriegebiets, im Lager Fallersleben gelebt und unter massiven Menschenrechtsrechtsverletzungen, begangen durch staatliche Autoritäten, gelitten. …

Wir nehmen die Lagerunterbringung und unsere Entrechtung nicht hin und fordern:

- **Bewegungsfreiheit! Abschaffung der Residenzpflicht!**
- **Abschaffung des Gutschein-Systems!**
- **Schließung des Lagers Fallersleben!**
- **Abschaffung des Arbeitsverbots!**
- **Abschiebestopp!**

Quelle: jog_niedersachsen@yahoo.com 10.04.2013 n

Die ‚Deutsche Stimme' der ‚Jungen Freiheit'

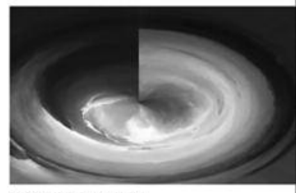
Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten

In den letzten Jahren sind diverse Untersuchungen zum Mediennetz der extremen Rechten wie auch zu einzelnen Publikationsorganen erschienen. Gleichwohl gibt es bislang keine vergleichende Untersuchung zu den beiden wichtigsten Leitorganen der extremen Rechten, der Jungen Freiheit und der Deutschen Stimme.
Beide Zeitungen repräsentieren Strömungen, die unterschiedliche strategische Optionen verfolgen. Die Wochenzeitung Junge Freiheit steht für das das jungkonservative Lager der Neuen Rechten, das sich dem Kampf wider die ‚Dekadenz' verschrieben hat, auf die ideologische Umorientierung der Eliten und ‚Leistungsträger' zielt, für eine ‚konservative Basisbewegung' wirbt und – zum Teil zumindest – rechtspopulistische Parteiansätze unterstützt. Das monatlich erscheinende Parteiorgan der NPD, die Deutsche Stimme, versteht sich dagegen als Sprachrohr einer ‚Fundamentalopposition von Rechts', die sich mehr oder weniger offen in die Tradition des nationalsozialistischen Kampfes gegen das ‚System' stellt, aber auch auf jungkonservative und national-revolutionäre Ideen zurückgreift.

Das vorliegende Buch geht von der These aus, dass trotz unterschiedlicher strategischer Optionen strömungsübergreifend ideologische Gemeinsamkeiten feststellbar sind, die es erlauben, von einem Grundbestand völkisch-nationalistischer Kernideologeme zu sprechen. Diese werden in unterschiedlicher Weise artikuliert, das heißt: In beiden untersuchten Leitorganen sind, den jeweiligen strategischen Optionen entsprechend, unterschiedliche Lesarten des völkischen Nationalismus identifizierbar.
Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), Siegstr. 15, 47051 Duisburg www.diss-duisburg.de; www.disskursiv.de

Helmut Kellershohn (Hg.)

Die ‚Deutsche Stimme' der ‚Jungen Freiheit' Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten
ISBN: 978-3-89771-752-7, 327 Seiten, 28,00 €
Edition DISS Band 23




Rechtsextremismus und Engagement im urbanen Raum:



Neue Broschüre der MBR

Die neue Broschüre der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) fasst ansprechend aufgearbeitet die Ergebnisse einer Fachtagung zusammen, die im September 2012 in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wurde. Grafisch ausdrucksvoll werden auf 32 Seiten Diskussionen und Beiträge von Expert/innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung dokumentiert.

Die öffentliche Aufmerksamkeit zum Thema Rechtsextremismus beschränkte sich bisher vor allem auf die östlichen Bundesländer und deren ländliche Regionen. Urbane Räume sind dabei oft aus dem Blick geraten. Doch warum ist es notwendig, Rechtsextremismus im städtischen Raum besonders zu betrachten? Was sind die Bedingungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus in unseren Städten? Diesen und anderen Fragen über Herausforderungen und Perspektiven für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im urbanen Kontext widmet sich die neue Broschüre.
… Insbesondere urbane Zentren scheinen mit ihrer heterogenen Bevölkerung, den vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Initiativen beste Voraussetzungen für ein breites und erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus zu bieten. Da es jedoch auch hier rechtsextreme Bedrohungen und Angsträume gibt, ist eine Diskussion über Rechtsextremismus im städtischen Raum notwendig, um unter Beachtung des Sozialraums angemessene Handlungsstrategien zu entwickeln.

Für viele Menschen gehören rechtsextreme, rassistische und antisemitische Bedrohungen und Gewalt zum Alltag im urbanen Raum. Das betrifft vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, People of Colour, Jüdinnen und Juden, alternative Jugendliche, Linke und ihre Einrichtungen. Hinter dieser Diskriminierung und Gewalt stehen Einstellungen, die in der gesamten Gesellschaft weit verbreitet sind. Rassist/innen und Rechtsextremist/innen fühlen sich vor allem dann ermuntert Gewalt auszuüben, wenn es keine ernsthaften staatlichen Konsequenzen oder effektive zivilgesellschaftliche Gegenwehr gibt – entscheidend für ein breites und erfolgreiches Engagement in einer Stadt ist daher ein konsequentes Eintreten aller lokalen Akteure.

Welche Aktionsformen der Zivilgesellschaft erfolgreich sind und wie gerade in der Einwanderungsgesellschaft eine breite Bündnisarbeit aussehen könnte, wird in der Publikation ebenso behandelt wie die Auseinandersetzung mit rechtsextremer Infrastruktur. …

Die Broschüre steht zum Download bereit. Die gedruckte Dokumentation können Sie unter info@mbr-berlin.de bestellen.

http://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2013/04/MBR_GESAMT_WEB.pdf

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Feinde der Kultur

In der Aprilausgabe von ZUERST! liegt der Schwerpunkt auf kulturellen Themen: „Der Schwindel mit geraubten Kulturgütern – Schuldkult und Spiegel-Faktencheck“ ist Thema der Titelgeschichte. Das Thema passt in die Erinnerungslandschaft – in wenigen Wochen jährt sich zum achtzigsten Mal der Tag, an dem in vielen deutschen Universitätsstädten die Bücher kritischer Schriftsteller(innen) verbrannt wurden. Diese kulturfeindliche Aktion der Nazis richtete sich gegen alle Autor(inn)en die links, kritisch, jüdischer Herkunft oder auch nur modernen Formen verpflichtet waren – auf den Scheiterhaufen verbrannten die Schriften vieler, die heute als die Repräsentant(inn)en der Literatur des frühen 20. Jahrhunderts gelten.

Das sich an der Kulturlosigkeit der äußersten Rechten seitdem wenig geändert hat, dass selbst die verleumderischen „Argumente“ die gleichen sind, belegt der Beitrag von BRUNO WAGNER „Leere letzte Worte – Hohepriester der Moral: Walter Jens feierte seinen 90. Geburtstag“. „Mit der Umerziehungsindustrie nach oben gespült, konnte der Rhetorikprofessor kluge Sentenzen zur Befindlichkeit der jungen Bundesrepublik absondern, die niemandem halfen und nichts weiter waren als Holzwurmlöcher im schon gefährdeten Gebälk des heimatlichen Hauses, das Deutschland heißt. Wäre er doch samt seiner Weisheit in die DDR gegangen… Genau wie Willy Brandts selbsternannte politische Enkel offenbarten Jens, Grass und Co. ihr wahres Gesicht: Theorie – und sei sie auch noch so weltfremd – ist ihnen immer wichtiger als die eigentlichen Interessen des Volkes. Die, die am lautesten Menschenrechte, Solidarität und Gleichberechtigung einfordern, setzen sich am leichtesten über die Sorgen, Nöte und Wünsche des einfachen Mannes hinweg… Die Saat, die die linksgewirkten Intellektuellen seit den 1960er Jahren säen, geht heute immer mehr auf. Jens war vom Typus her ein Rufer in der Wüste, der sich im Elfenbeinturm am wohlsten fühlte. Es ist bezeichnend, daß Männer wie er zu den geistigen Koryphäen der Bundesrepublik Deutschland werden konnten – obwohl sie nichts zu bieten hatten außer Zersetzung. Wüste, Elfenbeinturm, das große Niemandsland des Vergessens: Ja, da gehört er hin“.

Der kritische Intellektuelle als Schädling, der das „Gebälk des heimatlichen Hauses, das Deutschland heißt“ anbohrt, es zersetzt und der „volksfremd“ ist, weil er sich „über die Sorgen, Nöte und Wünsche des einfachen Mannes“ hinwegsetzt. Ausbürgern, verjagen, ins Exil treiben können die geistigen Nachfahren der Bücherverbrenner zur Zeit niemanden – doch der Wunsch ist unverändert erhalten: „Wäre er doch samt seiner Weisheit in die DDR gegangen!“.

Kommen wir zurück zu den „geraubten Kulturgütern“: Mit dem Wort „Schuldkult“, das den Eingeweihten als Codewort dient, wird bereits deutlich gemacht, dass es nicht um Raub und Enteignung durch die Nazis geht. Im Gegenteil: „Noch immer lagern riesige Mengen an deutschen Kunstschätzen als Raubgut bei den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges“ formulieren BERNHARD RADTKE, FALK TIEDEMANN und DORIAN REHWALDT, die Autoren der Titelgeschichte bereits im Untertitel. Die Deutschen als Opfer – wieder ein überaus beliebtes rechtes Stereotyp. Und doch kommt ZUERST! an der historischen Wahrheit nicht völlig vorbei: „Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) war auf der Suche nach Kunstwerken ‚herrenlosen jüdischen Besitzes‘ oder ungeklärter Herkunft, um diese nach Deutschland zu bringen. Mehr als 50 bedeutende kunsthistorische Sammlungen in jüdischem Eigentum wurden in der Anfangsphase seiner Tätigkeit konfisziert, am Ende waren es gemäß akribisch geführter Inventarliste fast 22 000 Objekte, die der Einsatzstab beschlagnahmen und nach Deutschland verbringen ließ“. „Konfiszieren“, „beschlagnahmen“ – was sich da fast juristisch korrekt anhört, war nicht anderes als Raub!

Höhnisch wird über diesen gigantischen Diebstahl hinweggegangen und die Opfer verspottet: „Was Rosenbergs Stab und andere damals einsammelten, scheint umso interessanter zu werden, je länger der Krieg zurückliegt. Die ‚Nazi-Raubkunst’ und ihre ‚Restitution’, also die Rückgabe an die früheren Eigentümer oder eine adäquate Entschädigung ist auch 2013 noch ein ganz großer Aufreger“. Kaum verständlich, wo es doch nur um ein wenig einsammeln geht. Und überhaupt, die Nazigrößen waren große Kunstliebhaber, die ihre Bilder natürlich kauften: „„...daß viele führende NS-Politiker die Leidenschaft Adolf Hitlers für Kunst teilten und auf völlig legale Weise begannen, sich eigene Kunstsammlungen aufzubauen....In Linz plante Hitler, ein bedeutendes Kunstmuseum zu errichten. Für diesen ‚Sonderauftrag Linz’ wurden bis Kriegsende etwa 4700 Gemälde zusammengetragen. Die Ausgaben summierten sich auf rund 115 Millionen Reichsmark. Einen Teil davon erwarb Adolf Hitler aus seinem Privatvermögen, das sich – wie allgemein bekannt – hauptsächlich aus den Verkaufserlösen seines Buches Mein Kampf speiste“. Soviel zu Hitler als Kunstfreund.

Die ZUERST!-Autoren suggerieren sogar, dass den Nazis kaum etwas anderes übrigblieb als jüdischen Besitz zu rauben und sie dabei sogar ausgesprochen langmütig waren: „Schon zuhause in Deutschland war den Nationalsozialisten die starke jüdische Präsenz bei Kunstsammlungen und im Kunsthandel ein Dorn im Auge gewesen. ‚Ein Großteil der bürgerlichen Kunstsammler war jüdischer Herkunft‘, stellt Kunsthistoriker Dr. Sven Kuhrau in seinem Werk Der Kunstsammler in der Kultur des Kaiserreichs fest. In Berlin stellten Juden mit 55 Prozent sogar die Mehrheit der Kunstsammler und hatten damit in der Sammlerkultur einen ‚überdurchschnittlich bedeutenden Stellenwert‘. Aus NS-Sicht besonders verwerflich: Die jüdischen Sammler konzentrierten sich nicht etwa auf Judaika. Vielmehr fügten sie sich ‚in die allgemeine Hochschätzung der westlichen und später auch ostasiatischen Hochkulturen ein‘. Hitler und seine Parteigänger empfanden dies als ‚feindliche‘ Inbesitznahme nationaler Kulturschätze. So gesehen ist es erstaunlich, wieviel Zeit sich die NS-Führung ließ, die aus ihrer Sicht untragbaren Verhältnisse zu ändern. Erst ‚Ende 1938 wurden jüdische Kunsthändler, die bis dahin den Berliner Kunstmarkt dominierten, vollständig aus dem Versteigerungsgeschäft ausgeschlossen„ heißt es in einer Rezension zu Angelika Enderleins Buch Der Berliner Kunsthandel in der Weimarer Republik und im NS-Staat“. Ausbürgerungswünsche und Verständnis für Kunstraub – am Verhältnis der äußersten Rechten zur Kultur hat sich in den letzten 80 Jahren wenig geändert.

Tri ■